FESTSCHRIFT

zum 70-jährigen Bestehen des

Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

70 Jahre

VLW

RHEINLAND-PFALZ

Tag der kaufmännischen Schule

19. März 2019

Schloß Waldthausen

INHALTSVERZEICHNIS

Grußworte

Joachim Maiß/Eugen Straubinger, Bundesvorsitzende des BvLB Seite 4

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung des Landes Rheinland-Pfalz Seite 5

Thomas Linnertz, Präsident der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Seite 5

Bettina Brück, SPD-Landtagsfraktion Seite 6

Anke Beilstein, CDU-Landtagsfraktion Seite 7

Helga Lerch, FDP-Landtagsfraktion Seite 8

Daniel Köbler, Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Seite 9

Lilli Lenz, dbb (beamtenbund und tarifunion), Landesbund Rheinland-Pfalz Seite 10

Andreas Resch, Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen Seite 11

Wirtschaftsdidaktik in Zeiten digitaler Chancen und Herausforderungen
Markus M. Böhner Seite 12

Die Zukunft der kaufmännischen Berufsausbildung
Joachim Maiß Seite 16

Rückblick 1949 - 2019 Seite 18

Vom Verband Deutscher Diplom-Handelslehrer zum Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen - 40 Jahre Verbandsarbeit in Rheinland-Pfalz (1949-1989)
Kurt Rollfinke Seite 19

Der VLW 1990 bis 2009
Frieder Heil Seite 21

2009 -2019: Mitgestalten und Gefahren abwehren
Michael Lutz Seite 23

Zeitreise: Jahresbericht 1952/53
Dr. Antony Seite 27

Wir für Sie - Ihre Ansprechpartner im VLW Rheinland-Pfalz Seite 31

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß; Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a, 67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler, Tel.: 02 61 - 20 06 90 16; dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de; Fotos auf dem Cover: Stadtarchiv Worms (o. l.: M15258), BBS W Worms (o. r.), pixabay.com (u. l.), pxhere.com (u. r.)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

unser runder Geburtstag gibt uns die Gelegenheit, auf weitere zehn ereignisreiche Jahre für unseren Verband zurückzublicken, aber dies allein würde nicht genügen. Wir möchten an unserem „Tag der Kaufmännischen Schule“ auch nach vorne blicken und, gemeinsam mit Ihnen, die Zukunftsaussichten unseres Verbandes, aber auch der kaufmännischen Berufsbildung, ansprechen. Vor zehn Jahren habe ich an dieser Stelle u. a. den „PISA-Schock“ angesprochen, auch die „Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS)“. Über „PISA“ und seine Auswirkungen spricht kaum noch jemand, und die „AQS“ ist Geschichte.

Dafür bestimmten ganz andere Themen unsere Arbeit und unsere Diskussionen: Intensiv beschäftigten wir uns mit dem Gutachten des Professors Klemm zum Thema Lehrkräftebedarf an den BBSn des Landes – bis ins Detail wurden der Lehrkräftebedarf untersucht und daraus folgende politische Folgerungen diskutiert und teilweise umgesetzt. Lehrkräfte für kaufmännische Fächer gab es – so die ADD – zur Genüge, die Umstellung des Studiengangs für Wirtschaftspädagogik auf die Bachelor/Master-Struktur brachte jedoch keinen signifikanten Zuwachs bei den Studierendenzahlen. Infolge der prognostizierten demografischen Entwicklungen standen Schulschließungen im Raum, für Studierende wahrlich keine guten Aussichten. Die Zuwanderung ab 2015 schuf hingegen völlig andere Herausforderungen, denen sich die BBSn, also Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit hohem Engagement gestellt haben. Die Integration von Hunderttausenden junger Menschen in unser Bildungs- und Gesellschaftssystem ruht noch immer zum großen Teil auf unseren Schultern.

Wo werden wir in zehn Jahren stehen? Die aktuelle bildungspolitische Diskussion wird bestimmt von Stichworten wie „Industrie 4.0“ und der allgegenwärtigen „Digitalisierung“. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, müssen zuerst einmal die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Längst nicht alle BBSn sind hierfür angemessen ausgestattet und verfügen über ausreichend schnelles Internet. Jeder mittelständische Betrieb verfügt über eine leistungsfähigere Systembetreuung als eine BBS mit zum Teil mehreren hundert Rechnern. Über der Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur dürfen wir auch nicht das Nachdenken darüber vergessen, welche Anforderungen die digitalisierte Gesellschaft und die “Industrie 4.0“ an die Beschäftigten stellen werden. Und spätestens dann sind wir ganz nahe bei uns und der Frage, ob wir diesen Anforderungen in der Lehrkräftebildung und Lehrkräftefortbildung gerecht werden können. Eine kleine Erinnerung: in einem viel beachteten Vortrag hieß es bei uns: „Auf den Lehrer kommt es an“ – es ei erlaubt, dies auch heute noch einmal zu zitieren.

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

Die BBSn leiden nach wie vor unter einem signifikant höheren Unterrichtsausfall als die meisten anderen Schularten; immer noch gelingt es der Landesregierung nicht, für bestimmte Fächer genügend Lehrkräfte zu finden – ja, auch Betriebswirtschaft ist inzwischen „Mangelfach“. Die Fülle von Vorschlägen zur Beseitigung des Lehrkräftemangels, die unser Verband in den letzten Jahren der Politik gegenüber vorgetragen hat, lassen sich in den Anträgen auf unseren Landesversammlungen, unseren Stellungnahmen sowie den Initiativen der Personalräte jederzeit finden. Hier werden wir weiter unbequeme Mahner sein müssen, damit unser Lehramt wieder attraktiver wird!

Bei unseren Gesprächen mit unseren Kolleginnen und Kollegen erkennen wir ein starkes Engagement und viel Freude an unserem wichtigen Beruf. Nach wie vor stellen sich die Lehrkräfte den ständig wechselnden und wachsenden Herausforderungen mit hohem Einsatz und der Fähigkeit zur Improvisation. Darin wollen wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerne weiterhin unterstützen und dabei helfen, eine erfolgreiche Arbeit für unsere Schülerinnen und Schüler sowie unsere Partner im dualen System zu gewährleisten. Ein Verband kann dies nur tun mit Hilfe, Unterstützung und konstruktiver Kritik seiner Mitglieder – hierum möchte der Landesvorstand Sie weiterhin ganz herzlich bitten.

Ihr Karl-Heinz Fuß

Grußwort des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) zum 70-jährigen Jubiläum des VLW Rheinland-Pfalz

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

den diesjährigen „Tag der kaufmännischen Schule“ hat der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz e. V. unter das Motto „Berufliche Bildung – Bildung für morgen!“ gestellt. Unser Lebensumfeld und speziell unsere Art, wie wir kommunizieren, wie wir arbeiten oder wie wir einkaufen, ändern sich dramatisch. Dies sind in hohem Maß Auswirkungen der digitalen Transformation, die wir überall in unserer Gesellschaft beobachten können und die auch und gerade für den Bereich der Schulen nicht ohne Folgen bleiben dürfen und können. Denn hier werden die Fachkräfte von morgen, also die Fachkräfte für die digitale Welt ausgebildet, denn hier wird über die Zukunft und somit gleichzeitig auch über den Wohlstand und die Lebensqualität in unserem Land entschieden. Damit spricht das Motto Ihres Tages der kaufmännischen Schule eine große Herausforderung an, mit der Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern auch deutschlandweit konfrontiert werden. Sowohl in Polit-Talks, wie bei Anne Will oder Maybrit Illner, als auch in Schlagzeilen, wie „500.000 unbesetzte Stellen bei den MINT-Berufen“, „Der Pflege gehen die Kräfte aus“ oder „Fachkräftemangel immer größer“, wird uns fast täglich der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften vor Augen geführt. In dieser Situation geht es aus Sicht der beruflichen Schulen vor allem darum, junge Menschen für berufliche Bildung zu gewinnen und sie für die Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechend zu qualifizieren sowie erfahrene Mitarbeiter fort- und weiterzubilden. Die berufliche Bildung stellt so einen zweiten Königsweg dar, der anders als der universitäre keine verschlossenen Türen kennt. Hier kommen auf die beruflichen Schulen und ihre Kollegien gewichtige Aufgaben und Anforderungen zu, die sie gerne annehmen und bei deren Lösung sie ihre Kompetenzen und Qualifikationen einbringen können. Es ist ihre Profession, Jugendliche und junge Erwachsene an den beruflichen Vollzeitschulen auf eine qualifizierte Berufsausbildung vorzubereiten, sie bilden im dualen System zusammen mit den Ausbildungsbetrieben in über 300 Ausbildungsberufen aus und bieten darüber hinaus mit vielen weiteren Bildungsgängen, wie Fachschulen, Fachoberschulen und Berufsoberschulen, Weiterbildungsangebote im Kontext der Beruflichkeit.

Die Bundesvorsitzenden des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB): Joachim Maiß (l.) und Eugen Straubinger (Foto: Marco Urban)

Damit die beruflichen Schulen diese große Aufgabe, die Fachkräfte von morgen zu qualifizieren, leisten können, benötigen sie entsprechende Rahmen- und Kontextbedingungen. Ganz zentral sind hier qualifizierte und engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die auch kontinuierlich fortgebildet werden müssen. Eine weitere Bedingung sind die Schulgebäude, die nicht nur Lern- sondern auch Lebensort sind und über eine Ausstattung entsprechend den aktuellen technischen Standards verfügen müssen. Des Weiteren sind zukunftsweisende Lehr-Lern-Konzepte und -Arrangements, in denen E-Didaktik-Komponenten nicht fehlen dürfen, notwendig. Und damit Bildung gelingen kann, bedarf es – auch im Zeitalter der Digitalisierung – einer von Wertschätzung geprägten lern- und arbeitsfördernden Schulatmosphäre.

Auf ihrem Weg, die Herausforderung „Bildung für morgen“ anzunehmen und bei der Fachkräftequalifizierung erfolgreich mitzuwirken, wünschen wir den Kolleginnen und Kollegen des rheinland-pfälzischen VLW viel Erfolg. Dem VLW möge es auch weiterhin gelingen, sich für im oben skizzierten Sinne optimale Rahmen- und Kontextbedingungen erfolgreich einzusetzen.

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Tages der kaufmännischen Schule auf Schloß Waldthausen wünschen wir spannende Vorträge, erkenntnisreiche Diskussionen und viele gute Randgespräche!

Joachim Maiß und Eugen Straubinger
BvLB-Bundesvorsitzende

Grußwort der Bildungsministerin des Landes Rheinland-Pfalz Dr. Stefanie Hubig

Liebe Lehrerinnen und Lehrer,
liebe Mitglieder des VLW,

das Jubiläum, das Sie heute feiern, ist ein ganz besonderes: 70 Jahre – solange, wie es die Bundesrepublik Deutschland gibt, und beinahe solange, wie es unser Rheinland-Pfalz gibt, gibt es auch den VLW in unserem Land. Daraus spricht vor allem eines: Die Geschichte der beruflichen Bildung ist von Anfang an auch eine Geschichte der Mitgestaltung durch den VLW. Die Neuerungen von sieben Jahrzehnten – und es waren einige – hat der VLW in der beruflichen Bildung begleitet. Und er hat sich dabei immer stark gemacht für die Kolleginnen und Kollegen und für die kaufmännische und wirtschaftliche Bildung. Wollte man also die Geschichte der beruflichen Bildung und ihrer steten Anpassung an all die neuen Herausforderungen von sieben Jahrzehnten erzählen - es wäre ohne ein langes Kapitel zur Mitgestaltung durch den VLW nicht möglich. Sie feiern also heute ein herausragendes Jubiläum. Dazu gratuliere ich Ihnen herzlich.

Ohne Frage: Unser System der beruflichen Bildung mit seiner weltweit hoch angesehenen dualen Ausbildung und den vollzeitschulischen Ausbildungen ist die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes in den vergangenen 70 Jahren. Und auch heute ist die Berufsbildung für die jungen Menschen der Schlüssel zu persönlicher Entwicklung, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zum selbstbestimmten Gestalten unserer Gesellschaft in sozialer, ökonomischer und ökologischer Verantwortung. Dass das so ist, hat von der beruflichen Bildung immer wieder erfordert, sich an den Wandel der Gesellschaft anzupassen. Und der ist heute nicht gerade langsamer geworden als in den sieben Jahrzehnten zuvor; im Gegenteil: Digitalisierung, Heterogenität, Inklusion und Sprachförderung sind nur einige Schlagworte. Auf diese Entwicklungen eingehen, sie gestalten, das ist es, was Sie jeden Tag sehr erfolgreich tun, und das ist unser gemeinsamer Auftrag. Denn wir wollen unsere Lehrerinnen und Lehrer dabei bestmöglich unterstützen.

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung (Foto: Georg Banek)

Dafür braucht es auch nach 70 Jahren eine starke Stimme für die Lehrerinnen und Lehrer und für die kaufmännische Bildung. Es liegt in der Natur der Sache, dass der VLW und die Bildungspolitik dabei nicht immer einer Meinung sind. Aber darauf kommt es nicht in erster Linie an: Wichtig sind die sachlichen Auseinandersetzungen, die Gespräche, die Anregungen bei gleichzeitiger Akzeptanz der unterschiedlichen Rollen und dass wir am Ende im Konsens eine gute gemeinsame Lösung für die berufliche Bildung in unserem Land finden.
Darauf – da bin ich sicher – kann sich Rheinland-Pfalz auch in den kommenden 70 Jahren verlassen. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement für die berufliche Bildung und Ihre Kolleginnen und Kollegen und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute.

Dr. Stefanie Hubig
Ministerin für Bildung

Grußwort des Präsidenten der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Thomas Linnertz

Das Motto des Tages der kaufmännischen Schule des VLW Rheinland-Pfalz „Berufliche Bildung – Bildung für morgen!" gefällt mir ausgesprochen gut, nimmt es doch die Herausforderungen der beruflichen Bildung ganz klar in den Fokus der Betrachtungen.
Die berufsbildenden Schulen sind das Zentrum in der dualen Ausbildung und nehmen damit eine wesentliche Aufgabe bei der Fachkräftesicherung - fixiert in der Fachkräftestrategie des Landes Rheinland-Pfalz - ein. Zur Stärkung der dualen Ausbildung im Sinne einer Nachwuchssicherung werden die Ergebnisse des Schulversuchs Berufsschule 2020 landesweit an allen berufsbildenden Schulen umgesetzt und weiterentwickelt. Dies sichert einen wohnort- und ausbildungsplatznahen Schulbesuch und ermöglicht die Ausbildung in der Fläche. Ich danke hier auch dem VLW, der sich für den Erhalt der berufsbildenden Schulen in der Fläche einsetzt.
In diesem Zusammenhang wird es immer wichtiger, die individuellen Gestaltungsmöglichkeiten einzelner berufsbildender Schulen zu stärken, damit diese auf die regionalen Anforderungen aus Wirtschaft und Gesellschaft möglichst flexibel

und schnell reagieren können. Der Modellversuch EQuL, an dem aktuell 39 rheinland-pfälzische berufsbildende Schulen teilnehmen, bietet hier eine breite Basis. Ziel dieser Bestrebungen und Aktivitäten ist natürlich guter Unterricht, der die Schülerinnen und Schüler zu kompetentem Handeln in der Gesellschaft im Allgemeinen und der Arbeitswelt im Besonderen befähigt. Digitalisierung und Individualisierung sind hier die zentralen Schlagwörter und Herausforderungen. Der aktuelle rheinland-pfälzische Schulversuch „Kompetenzorientiertes Lernen an berufsbildenden Schulen (KOOL-BBS)“ setzt genau hier an und spiegelt sehr deutlich das genannte Motto „Berufliche Bildung – Bildung für morgen!“ wider.
Guter Unterricht braucht selbstverständlich gute und genügend Lehrerinnen und Lehrer. Unterricht soll und darf nicht ausfallen. Zunehmend zeigt sich aktuell im Bereich „Wirtschaft“ ein Bedarf. Ich danke dem VLW hier für seine Unterstützung in der Aquise von Referendaren, Quereinsteigern und ausgebildeten Lehrkräften.

Mir ist bewusst, dass ich nur einen Ausschnitt der vielfältigen Initiativen und Projekte angesprochen habe. Inklusion, Sprachförderung und Integration, Umgang mit Heterogenität, Berufswahl- und Studienorientierung sowie Schulsozialarbeit stellen weitere wichtige Arbeitsfelder im System der berufsbildenden Schulen dar.
Es erfüllt mich mit Freude zu sehen, mit welchem Engagement sich alle am Bildungsprozess Beteiligten täglich diesen

Thomas Linnertz, Präsident der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (Foto: © ADD RLP)

Herausforderungen stellen und gemeinsam Ideen und Gestaltungspotentiale für unsere berufsbildenden Schulen entwickeln.
Allen Mitgliedern des VLW sage ich herzlichen Glückwunsch zum 70-jährigen Jubiläum. Ihrem Tag der kaufmännischen Schule wünsche ich einen intensiven Erfahrungsaustausch, zukunftsweisende, konstruktive Gespräche sowie für die weitere Arbeit an den berufsbildenden Schulen anregende Impulse und ein gutes Gelingen.

Grußwort der SPD-Landtagsfraktion

Bettina Brück, Stellvertretende Vorsitzende und Bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,
lieber Herr Vorsitzender Fuß,

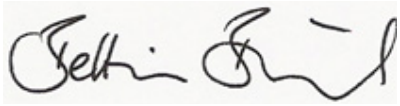
vielen Dank für die Einladung zum Tag der kaufmännischen Schule und unsere herzlichsten Glückwünsche in Namen der gesamten SPD-Landtagsfraktion zu Ihrem schönen Jubiläum „70 Jahre VLW Rheinland-Pfalz“, verbunden mit einem dicken Dankeschön für Ihr großes ehrenamtliches Engagement und den regelmäßigen konstruktiven Austausch zwischen dem VLW und unserer Fraktion.

Der VLW ist für uns ein unverzichtbarer Partner im gemeinsamen Bestreben der Weiterentwicklung der kaufmännischen Schulen. Wir wissen uns einig mit Ihnen um die große Aufgabe, die Gleichwertigkeit des allgemeinbildenden und berufsbildenden Systems und Ihre engagierte Arbeit in den berufsbildenden Schulen noch stärker als bisher in der öffentlichen Wahrnehmung hervorzuheben und zu verankern. Ich darf Ihnen versichern, dass uns die Bedeutung der Wirtschaftsschulen mit ihrem vielfältigen Angebotsspektrum innerhalb der gesamten Schulstruktur als zentraler Partner in der dualen Ausbildung und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs stets bewusst ist.

Das Motto Ihres Verbandstages „Berufliche Bildung – Bildung für morgen!“ greift die Herausforderungen der Zukunft auf und passt sehr gut zu unserem sozialdemokratischen Verständnis von Bildung. Es geht uns um moderne Strukturen und Lernprozesse, es geht uns um zeitgemäße Inhalte. Unser rheinland-pfälzisches Schulsystem hält ein durchlässiges und leistungsfähiges Angebot vor, das auf Chancengleichheit ausgerichtet ist und Schülerinnen und Schülern den wohnortnahen Zugang zu allen Bildungsabschlüssen ermöglicht. Die Stärke des berufsbildenden Systems ist es, über viele verschiedene Wege alle Abschlüsse von der Berufsreife bis zum Abitur anzubieten. Deshalb werden wir auch weiterhin die vielfältigen Aktivitäten der Landesregierung zur Verbesserung der Bedingungen im berufsbildenden System unterstützen und die Empfehlungen der Expertenkommission weiter umsetzen.

An erster Stelle zur Stärkung und Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen steht für uns eine gute Unterrichtsversorgung: Wir haben das Ziel einer 100-prozentigen Versorgung fest im Blick. Hierzu dienen auch das Ausrollen des Schulversuchs EQuL sowie die vielfältigen Personalgewinnungsprogramme der Landesregierung.

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs, eine umfassende fächer- und themenübergreifende Implementierung digitaler Bildung, inklusive Angebote, die Integration von Flüchtlingen sind nur einige der zukunftsrelevanten Themen auf unserer gemeinsamen Agenda. Der Modellversuch „Berufsschule 2020“ bietet die Grundlage für die demografiefeste Weiterentwicklung in der Fläche. Diese und weitere Reformen, wie die der Höheren Berufsfachschule und des Berufsvorbereitungsjahres in seinen verschiedenen Ausprägungen, wollen wir im gewohnt guten Dialog miteinander gestalten. Ich freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit.



Bettina Brück, MdL
Stellvertretende Vorsitzende und
Bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion
Rheinland-Pfalz

Grußwort der CDU-Landtagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wirtschaftsschulen vermitteln ihren Schülerinnen und Schülern neben einer allgemeinen Bildung eine vertiefte kaufmännische Grundbildung und bereiten so auf eine entsprechende berufliche Tätigkeit vor. Seit vielen Jahren befasst sich die Bildungspolitik immer wieder mit dem Thema der ökonomischen Bildung an Schulen. Ökonomische Grundlagen sind ein wesentlicher Bestandteil der Allgemeinbildung. Gerade auch vor diesem Hintergrund müssen wir uns immer wieder dafür einsetzen, dass genügend Lehrkräfte an den Schulen zur Verfügung stehen und kein Unterricht ausfällt. Eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung müssen wir nachhaltig im Auge behalten – gerade an den Wirtschaftsschulen im Land.

Junge Menschen benötigen Informationen und Kompetenzen über Teilhabemöglichkeiten an politischen und gesellschaftlichen Prozessen im Rahmen ihrer schulischen Ausbildung. Dazu gehören auch volkswirtschaftliche Zusammenhänge und Grundfragen der Wirtschaftspolitik und Finanzwissen. Bestätigt wird dieses Anliegen in einer im vergangenen Jahr deutschlandweit erhobenen Studie des Bankenverbandes. Danach gaben 71 Prozent – befragt nach den eigenen Erfahrungen zum Unterricht – an, dass sie an ihrer Schule nicht so viel

Anke Beilstein, Bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion

bis gar nichts über Wirtschaft und Finanzen lernen bzw. gelernt haben. Für zwei Drittel sind Informationen darüber, wie Wirtschaft funktioniert, wichtig oder sehr wichtig. Gerade den Schulen gegenüber wird hier eine besondere Erwartungshaltung entgegengebracht. 84 Prozent wünschen sich mehr Wirtschaftsthemen in der Schule.

Wirtschaftsschulen in Rheinland-Pfalz bieten ihren Schülern die Möglichkeit, ein breites Wissen über wirtschaftliche Prozesse zu erreichen. Deutschland als wirtschaftsstarkes Land mit einer sehr ausdifferenzierten Unternehmensstruktur braucht mündige Bürger mit Urteilsfähigkeit in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen.

Diese wirtschaftlichen Kenntnisse der Schulabsolventinnen und -absolventen sind unerlässlich und stellen eine gute Grundlage für den weiteren Bildungs- und Ausbildungsweg dar. Sie geben Orientierung unabhängig davon, welchen beruflichen oder wirtschaftlichen Weg man einschlägt: als Arbeitnehmer, Unternehmer, Gründer, Handwerker oder in einem freien Beruf. In diesem Zusammenhang ist es essenziell, dass wir Schülerinnen und Schüler bereits frühzeitig in der Sekundarstufe I im Rahmen der Berufswahlorientierung über ihre Möglichkeiten im Berufsleben und die Chancen, die Wirtschaftsschulen bieten, informieren.

Die gute Arbeit, die Wirtschaftsschulen in Rheinland-Pfalz leisten, gilt es zu würdigen. Zu Ihrem 70-jährigen Jubiläum danke ich daher den Wirtschaftsschulen im Land, allen Lehrerinnen und Lehrern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre hervorragende Arbeit. Ich wünsche Ihnen allen eine glückliche Hand für die Zukunft und freue mich auf die weitere gute Zusammenarbeit.

Ihre

Anke Beilstein MdL
Bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion
Rheinland-Pfalz

Grußwort der FDP-Landtagsfraktion

Helga Lerch, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Freien Demokraten im Landtag Rheinland-Pfalz darf ich Ihnen herzlich zum 70-jährigen Bestehen Ihres Verbandes gratulieren. Der VLW Rheinland-Pfalz ist für uns ein wichtiger Ansprechpartner im Umfeld der Interessensvertretungen unseres Landes.

Kernforderung der Freien Demokraten auf jeder politischen Ebene ist weltbeste Bildung. Sie als Zusammenschluss von Lehrkräften an Berufsbildenden Schulen, die tagtäglich ihr Wissen an die Schülerinnen und Schüler weitergeben, leisten einen großen Beitrag für unsere Gesellschaft. Darüber hinaus artikulieren Sie, was sich von politischer Seite ändern muss, um unser Bildungswesen weiter zu verbessern. Nur im Zusammenspiel können wir Chancen erkennen, Herausforderungen meistern und Rahmenbedingungen langfristig verbessern.

Wir Freie Demokraten können uns in vielerlei Hinsicht mit Ihren aktuellen Forderungen identifizieren. Zu weltbester Bildung passt kein Unterrichtsausfall. Wir packen deshalb mit an, um die Zahl der Lehrkräfte zu erhöhen. Natürlich ist uns für Ihren Dienst auch eine faire Bezahlung wichtig. Im vergangenen Jahr hat die Ampelkoalition deshalb auch eine außerordentliche Anpassung mit Blick auf die Besoldung von Beamtinnen und Beamten vorgenommen, die wir als Fraktion im aktuellen Landeshaushalt selbstverständlich gerne mittragen und entsprechend dargestellt haben.

Eine moderne und umfassende sachliche Ausstattung der Schulen ist gerade im Zeitalter der Digitalisierung von besonderer Bedeutung. Auf die gesamte Bildungslandschaft werden hohe Kosten zukommen, die nur Bund, Länder und Kommunen gemeinsam tragen können. Wir bekennen uns zur Kooperation mit dem Bund und streben eine zügige Lö-

sung in der Debatte um den Digitalpakt an, damit die Gelder fließen können. Gleichzeitig müssen die Kernkompetenzen der Länder in Bildungsfragen auch auf Länderebene bleiben.

Individualität ist für uns Freie Demokraten keine Worthülse. Wir wollen den Einzelnen in seinem individuellen Lebensentwurf stärken. In den Berufsbildenden Schulen funktioniert das nur mit ebenso individuellen Lehrkonzepten, die pädagogisch sinnvolle Klassengrößen voraussetzen und mit Klassenteilungen oder Teamteaching flexibel variieren können. Eingefahrene Konzepte und Frontalunterricht rücken in den Hintergrund. Gerade an den Berufsbildenden Schulen mit starkem Praxisbezug ist dieser Wandel aber schon lange Zeit aktuell. Wir bekennen uns zu diesem und wollen die Berufsbildenden Schulen in ihrem individuellen Charakter stärken.

Das funktioniert aber nur gemeinsam mit den entsprechenden Interessensvertretungen. Ich freue mich deshalb auf die künftige Zusammenarbeit mit dem VLW und wünsche Ihrem Verband für die Zukunft alles Gute.

Ihre
Helga Lerch

Grußwort der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dass für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Meister und Master gleichwertig sind, haben wir ebenso deutlich gemacht wie unsere Überzeugung, dass viele Wege nach vorne führen. Dementsprechend begreifen auch wir berufsbildende Schulen als einen unverzichtbaren Teil der rheinland-pfälzischen Bildungslandschaft. Die Lehrkräfte vor Ort leisten hervorragende Arbeit für die Bildung und die Wirtschaft unseres Landes. Nichtsdestotrotz steht das berufsbildende System hier und anderswo vor zahlreichen Herausforderungen: Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Integration und Inklusion. Umso wichtiger ist der rege Austausch mit den Expertinnen und Experten vor Ort und der Landespolitik.

Damit erfüllen die Interessenvertretungen der rheinland-pfälzischen Lehrkräfte ihre originäre Aufgabe, wofür ich ihnen und insbesondere dem Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen überaus dankbar bin.

Durch ihr immerwährendes Engagement und den Dialog mit der Politik sorgen sie für eine bessere Bildungspolitik im Land. Hartnäckig für die Sache sind sie Antreiber, Aufklärer, Impulsgeber und somit essentieller Bestandteil der demokratischen Willensbildung in der Bildungspolitik.

Vor diesem Hintergrund nehme ich das 70-jährige Jubiläum des Verbands der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen sehr gerne zum Anlass, um Ihnen zu gratulieren und noch zahlreiche weitere produktive Jahre zu wünschen. Werden Sie nicht müde und bleiben Sie unbequem, denn es gibt noch viel zu tun.

Packen wir es gemeinsam an!

Daniel Köbler, Bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Grußwort des dbb (beamtenbund und tarifunion), Landesbund Rheinland-Pfalz

Lilli Lenz, Landesvorsitzende des dbb, Landesbund Rheinland-Pfalz

„Berufliche Bildung – Bildung für morgen!“ lautet Ihr Motto für den Tag der kaufmännischen Schule 2019. In Worte gefasst wird – insbesondere mit dem schönen, entschiedenen Ausrufezeichen – eine fordernde Feststellung der Wirtschaftslehrerinnen und -lehrer in Rheinland-Pfalz. Das Motto drückt Energie und Willen zum Zupacken aus, Lust an Zukunftsgestaltung und Stolz auf den Wirtschaftslehrerberuf sowie auf das, was in ihm täglich geleistet wird.

„70 Jahre und kein bisschen leise“ kann man angesichts dieser Vitalität sagen. Der dbb rheinland-pfalz gratuliert herzlich zum Verbandsjubiläum.

Der dbb Landesbund ist Altersgenosse. Der runde Geburtstag hat gar nichts mit altersbedingter Betulichkeit zu tun, sondern ganz im Gegenteil mit ständiger Annahme der Herausforderungen in der Interessenvertretung des öffentlichen Dienstes. Voranschreitende Professionalisierung der Gewerkschaftsarbeit folgt daraus, eine anspruchsvolle Aufgabe für weitgehend ehrenamtlich verfasste Bünde. Gemeinsam haben wir das in der dbb-Familie aber sehr gut im Griff.

Die der dbb-Argumentation folgende Bestätigung des beamtenrechtlichen Streikverbots durch das Bundesverfassungsgericht im letzten Jahr kann als Sicherung des Beamtenstatus für Lehrkräfte und als bundesweiter Erfolg der dbb-Familie herausgestellt werden.
Die von der rheinland-pfälzischen Landesregierung zugesagte Übernahme des jüngsten, vom dbb hart verhandelten Ländertarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung und -versorgung sowie die außerordentliche Linearanpassung von jeweils zwei Prozent zusätzlich Mitte 2019 und 2020 sind landesspezifische Erfolge, die wir uns auf die Fahne schreiben können.

Für solche Dinge und allgemein für die Fachkräftesicherung und die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst müssen wir laufend weiter eintreten. Wir müssen kämpfen für mehr Stellen und stete Verbesserungen der Beschäftigungsbedingen.
Dabei wissen wir den VLW Rheinland-Pfalz an unserer Seite als verlässlichen Partner – nicht nur im Rahmen unseres Arbeitskreises Bildungsgewerkschaften, sondern auch bei Protest- und Warnstreikaktionen.

Der VLW Rheinland-Pfalz ist eine Berufsvertretung, die diese Bezeichnung auch verdient, weil sie sich wirksam für die Interessen der Wirtschaftspädagogen einsetzt. Seit nunmehr 70 Jahren bringt der VLW Rheinland-Pfalz die Dinge speziell auf den Punkt, er erarbeitet und bewirbt Lösungsvorschläge in wichtigen berufspädagogischen, schul- und bildungspolitischen Fragen. Der Verband ist als größter Zusammenschluss der Lehrerinnen und Lehrer an kaufmännischen Schulen anerkannter, ernst genommener Gesprächspartner sowie politischer Mitspieler mit Gewicht im Land.

Dafür sage ich den VLW-Mitgliedern sowie den gewählten Vertreterinnen und Vertretern im Namen des dbb rheinland-pfalz herzlich Dank. Machen Sie weiter so.
Dem VLW Rheinland-Pfalz wünsche ich im Namen der dbb Landesleitung für die Zukunft alles Gute und dem Tag der kaufmännischen Schule 2019 einen guten Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen

L. Lenz

Lilli Lenz
Landesvorsitzende

Grußwort der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen

Das Bildungssystem gemeinsam weiterentwickeln

Andreas Resch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Rheinhessen

Das 70-jährige Bestehen des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen in Rheinland-Pfalz fällt in eine Hochphase der Konjunktur, in der das Wachstum erstmals seit zehn Jahren wieder eine Atempause einlegt. In Teilen des Landes herrscht annähernd Vollbeschäftigung. Und doch bezeichnet mehr als die Hälfte der Unternehmen den Fachkräftemangel als das größte Risiko für seine künftige Entwicklung. Das scheinbare Paradox findet seine Erklärung, wenn man den Blick in die Zukunft richtet.

Denn in der Zukunft sehen die Unternehmen zu wenig junge Menschen, die auf Facharbeiterebene oder in Führungspositionen das Innovationspotenzial heben könnten, das unsere derzeitige Wirtschaft so erfolgreich im internationalen Wettbewerb macht. Eine Ursache dafür ruht in geburtenschwachen Jahrgängen, die derzeit weniger Schulabgänger auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bringen. Eine weitere Ursache liegt im – gemessen am Bedarf – zu geringen Interesse an MINT-Berufen. Eine dritte Ursache ist der Wandel im Bildungsverhalten der Jugendlichen. Es zieht immer mehr junge Menschen direkt nach ihrem Schulabschluss an die Hochschulen. Für das System der dualen Ausbildung in Betrieb und Schule sind sie damit zunächst nicht erreichbar.

Doch die Wirtschaft benötigt ständig praxisnah ausgebildete Mitarbeiter. Die Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen und den Wirtschaftsschulen in Rheinland-Pfalz sind entscheidende Ansprechpartner, wenn es darum geht, den betrieblichen Nachwuchs zu qualifizieren. Sie kennen die Bedürfnisse am Aus- und Weiterbildungsmarkt. Die Unternehmen im Wettbewerb müssen sich den Herausforderungen des technologischen Wandels stellen. Entsprechend schnell müssen Lehrinhalte weiterentwickelt werden. In Zeiten des permanenten technologischen Wandels ist dies nicht immer ganz einfach.

Die IHK für Rheinhessen ist an einer engen Zusammenarbeit mit den Berufsbildenden Schulen und den Wirtschaftsschulen des Landes interessiert – nicht zuletzt, um Antworten zu finden auf das gewandelte Bildungsverhalten. Es gilt, die im Bundesvergleich hohe Durchlässigkeit des rheinland-pfälzischen Bildungssystems weiterzuentwickeln und seine große Chancenvielfalt zu kommunizieren.

Die Wirtschaft engagiert sich gerne an Schulen. Die Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen wird auch in Zukunft auf die Zusammenarbeit zum beiderseitigen Erfolg und zum Vorteil der Schüler und künftigen Nachwuchskräfte setzen.

Andreas Resch
stellvertretender Hauptgeschäftsführer
der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen

Wirtschaftsdidaktik in Zeiten digitaler Chancen und Herausforderungen

von Markus M. Böhner

Ohne direkt Gemeinplätze zu bedienen, ist die Annäherung an diese Thematik ein hehres Unterfangen, denn gerade im Kontext der Digitalisierung herrscht mit Bezug auf die benötigten Kompetenzen von Lehrkräften eine rege Diskussion, nicht notwendigerweise vom gleichen Grad an Aktion begleitet, welcher durch die Transformations- und Innovationserscheinungen im realen Wirtschaftsleben geboten scheint. Dabei muss als Indikator nicht nur der Digitalpakt zwischen Bund und Ländern zitiert werden (im Original: DigitalPakt Schule), der nach der Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den Bundesrat am 04.12.2018 stockt, da die notwendige Grundgesetzänderung für die Ausschüttung der Gelder en détail durch andere Auffassungen zwischen Bund und Ländern in der Lastenverteilung zurzeit noch nicht umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang herrscht auch die Gefahr, dass Chancen der Digitalisierung auf den Einsatz von Hardware, z. B. Tablets, interaktive Tafeln etc., verengt wird, ohne die veränderte einhergehende Didaktik in den Blick zu nehmen.

Prof. Dr. Markus M. Böhner, Leiter des Staatlichen Studienseminars für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen in Mainz

Dessen ungeachtet haben sich die Länder, die für den schulischen Teil der beruflichen Bildung Verantwortung tragen, auf Basis der Kultusministerstrategie „Bildung in der digitalen Welt“ (08.12.2016, in der Fassung vom 07.12.2017) zur Begegnung der Herausforderungen des digitalen Wandels mit Blick auf die Umsetzung umgehend auf den Weg begeben. Dazu wurden in den einzelnen Bundesländern eigene Konzeptpapiere auf den Weg gebracht; in der Lehrkräfteausbildung wird zurzeit sogar im Rahmen der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ seitens des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eine eigene Tranche im Umfang von 64 Millionen Euro für Projekte im Bereich „Digitalisierung und/oder Berufsbildung“ für die lehrkräftebildenden Hochschulen ausgeschrieben (Laufzeit von 2020 bis 2023).

Für Rheinland-Pfalz im Speziellen wurde 2017 eine Expertinnen- und Expertenkommission mit Personen aus allen drei Phasen der Lehrkräftebildung einberufen, die noch im gleichen Jahr ein Empfehlungspapier zur Umsetzung vorlegte (Expertenkommission 2017). In allen Papieren wird auf den Erwerb neuartiger Kompetenzen im digitalen Bereich rekurriert, über die Lehrkräfte verfügen sollen, damit sie den gesellschaftlichen Anforderungen der Digitalisierung Rechnung tragen können.

Dafür gibt es bereits Kompetenzmodelle, welche die Entwicklung mitberücksichtigen oder sogar in den Mittelpunkt rücken. Zuvorderst ist in diesem Zusammenhang das bereits etablierte PCK-Modell von Shulman (1986) zu nennen, welches um den Aspekt Technologie erweitert wurde (TPCK, siehe Abbildung auf der nächsten Seite), damit digitale Kompetenzen strukturell immer mitberücksichtigt sind (Koehler & Mishra 2008).

Dahinter steht die konzeptionelle Idee, dass methodisch-didaktische (vereinfacht: pädagogische), fachliche und technologische Kenntnisse gleichberechtigt vorhanden und verwoben sein müssen, um zeitgemäßen Unterricht gestalten zu können. Dabei wird aber zu stark die Wissensseite fokussiert, um tatsächlich als praxistaugliches Kompetenzmodell für Lehrkräfte in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung tragfähig zu sein.
Eher passend wäre aus Sicht der beruflichen Praxis das seitens der Europäischen Kommission vorlegte Kompetenzmodell Digicom for Education (DigiComEdu), welches auch der Digitalisierungsstrategie in Rheinland-Pfalz zu Grunde liegt (Joint Research Centre 2017) und tatsächlichen Anwendungsbezug in den Kompetenzen mitberücksichtigt. Vor diesem Hintergrund werden sechs Kompetenzbereiche entfaltet (Berufliches Engagement, Digitale Ressourcen, Digitale Pädagogik, Digitale Leistungsbeurteilung, Lernerorientierung und Förderung der digitalen Kompetenzen der Lernenden), welche die drei Kompetenzbündel der fachlichen und professionellen sowie der pä-

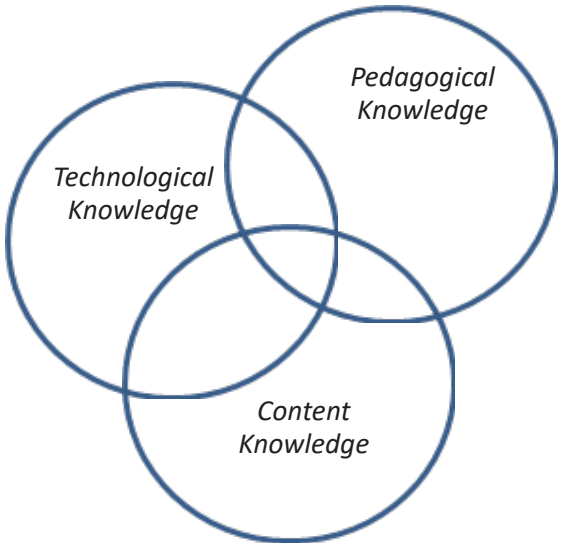


Abb. 1: Ansatz des Technological Pedagogical Content Knowledge (TPCK)

dagogischen (wieder als methodisch-didaktisch interpretiert) Kompetenzen der Lehrkräfte und auch die Kompetenzen der Lernenden in den Blick nehmen. Die Bereiche werden in je drei bis fünf Teilkompetenzen ausdifferenziert (z. B. Digitale Ressourcen: 1. Auswählen, 2. Verwalten, Teilen, Veröffentlichen, 3. Erstellen und Weiterentwickeln), die ihrerseits wieder als Kompetenzraster auf sechs Stufen (Neuling, Erkunder, Integrierer, Experte, Vorantreiber und Pioneer) beschrieben werden. Die Konkretisierung für die Umsetzung in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung wird hingegen den entsprechenden Trägern überlassen – auch Beispiele zur Gestaltung von Bildungsveranstaltungen oder digitalen Inhalten liegen nicht vor.

Die gewaltige Aufgabe der Schulung von angehenden und bestehenden Lehrkräften für eine Welt mit gravierenden Änderungen durch sich stetig veränderndes Verhalten – wie z. B. die Dauerpräsenz des Smartphones bis hin zur Süchtigkeit – aufgrund von Digitalisierungsvorgängen bleibt eine nebulöse Aufgabe mit höchstem Anspruchscharakter.

Wie groß ist diese Aufgabe überhaupt in der Wirtschaftsdidaktik? Denn wie die Kompetenzmodelle zeigen, kommt der Verzahnung von Fachlichem mit der Gestaltung von Unterricht entscheidende Bedeutung zu.

Die Aufgabe ist exorbitant, denn das Wirtschaftsleben erlebt in rasantem Ablauf Phasen des erstmals vom Nobelpreisträger Joseph Schumpeter dargestellten ökonomischen Phänomens der „Creative Destruction“ (Schumpeter 1994), welches dadurch gekennzeichnet ist, dass sich bisher gekannte Strukturen auflösen und durch ganz neue ersetzt werden:

- Einkaufsverhalten der Menschen über Online-Plattformen (insbesondere Amazon) und einhergehende Logistikstrukturen,
- Reisebuchungsverhalten über entsprechende Buchungsportale (z. B. Booking.com) oder gar typenverändernde Reiseoptionen (z.B. Airbnb),
- Ankauf und Verkauf von Gebrauchtwagen und Bestandsimmobilien: weg von traditionellen Märkten oder Messen, hin zu Online-Plattformen,
- Wechsel von Gas- oder Wasserlieferungsanbietern über Vergleichsportale, inklusive der vollständigen Abwicklung,
- Finanzportale und Direktanbieter, teils sogar bereits mit standardisierter Beratung über Chatbots,
- Kauf von Möbeln auf Direktkaufplattformen anstatt in riesigen Möbelhäusern auf der grünen Wiese,
- „Informationsinternetkraken“ und Weitergabe an Werbeunternehmen,

um nur einige wenige Megatrends zu nennen.

Der Begriff der Informationsinternetkrake ist eine Wortschöpfung, aber dennoch nachdrücklich relevant. Unternehmen wie Google bzw. Facebook oder auch Tencent, sind darauf angelegt, umfassende Informationen über Individuen zu sammeln, um diese an Werbefirmen und andere zahlungswillige Kunden zu verkaufen. Interessanterweise geben wir nur allzu willig unsere Daten im Austausch für „kostenlose“ Dienste wie

E-Mailkonten, Cloud- oder soziale Kontaktdienste ab. Wirtschaftskundlich gebildete Menschen wissen seit jeher um die Grundmaxime der Betriebswirtschaftslehre: „There is no such thing as a free lunch!" – oder, schlichter formuliert: Es gibt nichts umsonst! Die anbietenden Unternehmen sind nicht gemeinnützig, sondern „for profit".

Heute werden die Daten nur weiterverkauft, und morgen? Werden sie genutzt, um die Wirtschaftssubjekte gezielt zu manipulieren? Was ist, wenn Computeralgorithmen und künstliche Intelligenzen uns bereits besser kennen als wir uns selbst: Wir zählen unsere Schritte oder messen die Herzfrequenz und die Belastung im Fitnessstudio mittels Smartwatch zum Zwecke der Gesundheit – und beim Joggen wird per App die Route und Länge der Strecke mitverfolgt, aufgezeichnet und gar mit Gleichgesinnten geteilt. Das interessiert übrigens auch die Krankenversicherung und den Arbeitgeber. Das Smartphone kennt alle unsere Freunde, Interessen und Neigungen – und Käufe werden über Amazon getätigt, aber nur unter den Suchergebnissen ausgewählt, die ganz oben erscheinen. Wir finden nur noch zum Reiseziel via Googlemaps und vom Flughafen werden wir per Taxiapp abgeholt. Greift überhaupt noch die ökonomische Theorie der Entscheidungsfindung? Inwieweit wird das Wirtschaften, das Entscheiden, das Informieren oder das Menschsein überhaupt noch durch Menschen gesteuert? Wie mächtig sind bereits Algorithmen?

All diese Fragen sind durch die Wirtschaftsdidaktik aufzugreifen! Den mündigen Wirtschaftsbürger auszubilden und für das Kommende zu rüsten, ist mehr denn je eine Aufgabe der Fachdidaktik. Die Rolle des fachdidaktisches Prinzips der Entscheidungsorientierung ist dabei zu hinterfragen. Die Wirtschaftswissenschaften kennen vielfältige fachwissenschaftliche Methoden, um Entscheidungen qualitativ zu begründen, z. B. die Nutzwertanalyse, Scoring-Modelle oder die Saaty-Methode (Analytischer Hierarchieprozess/AHP).[1] Diese sind dann mitunter nur noch eine Makulatur – und ein anonymer Algorithmus trifft relevante Entscheidungen, betriebswirtschaftlich, beruflich und privat.

Vor einigen Jahren noch habe ich selbst mit meinem Lehrerbildnerkollegen einen Kanon von 14 fachdidaktischen Prinzipien herausgearbeitet, welche die Gestaltung von Wirtschaftsunterricht umfassend determinieren sollten (vgl. Böhner & Dolzanski 2016, insb. S. 57ff.). Stand heute ist dem an prominenter Stelle ein fünfzehntes Prinzip hinzuzufügen: Stetige Anpassung an digitale Veränderungsprozesse im Bereich Wirtschaft.

Und dieses nun absolut fundamentale fachdidaktische Prinzip im Bereich Wirtschaft hat zwei sehr unterschiedliche Facetten:

1. Umgang mit neuen technischen Optionen und digitalen Möglichkeiten im Bereich Wirtschaft
2. Moralisch-ethische Normen mit Blick auf digitalisierte Prozesse im Bereich Wirtschaft.

Bei der ersten Facette geht es darum, Schülerinnen und Schüler auf die sich ständig voranschreitenden technologischen Möglichkeiten vorzubereiten. Dazu können bspw. cloudgestützte Planspiele, Aspekte – insbesondere Tutorials – von Massive Open Online Courses (MOOCs), kritische Produktrecherchen auf vielfältigen Plattformen mittels ortsunabhängigen mobilen Endgeräten, kriteriengeleitete Appauswahl für Wirtschaftszwecke oder effiziente und geschützte digitale Kommunikationsformen gehören.

Bei der zweiten Facette ist zum Unterrichtsgegenstand zu machen, inwieweit uneingeschränkte Datenfreigabe postwendend gegen den Verbraucher als Konsument durch gezielte Manipulation genutzt werden kann. Was ist, wenn Amazons Alexa bzw. Echo auf Basis rationaler Fragen gefärbte Ergebnisse vorschlägt, auf Grundlage der gespeicherten Erfahrungskumulierung unserer vorherigen Präferenzen bzw. – und schlimmer – der Präferenzen von Unternehmen? Dies sollte durchdrungen und erkannt werden – kritisches wirtschaftliches Denken ist mehr denn je en vogue. Doch die Komplexität steigt. Vielfach gieren internetbasierte Unternehmen auch nur noch danach, die Aufmerksamkeit der Verbraucher zu erhaschen; dazu wurde in der ökonomischen Zunft gerade der Neologismus der „attention merchants" (Wu 2016) geprägt. Das Ziel ist dann nicht mehr, Daten an Werbefirmen zu verkaufen, sondern enorme Datenmengen über Individuen zu sammeln. Das Produkt sind dann die Verbraucher selbst; die Entscheidungshoheit soll ultimativ an die Maschine bzw. Künstliche Intelligenz selbst verlagert werden: Was Google vorschlägt, wird auch gekauft, denn man weißt es selbst ja nicht mehr besser. So die Räson in diesem Zusammenhang; wie funktioniert dann die Marktwirtschaft überhaupt noch?

Die Sensibilisierung im Kontext der zweiten Facette ist dann nicht mehr nur noch eine Aufgabe der beruflichen Bildung. Wirtschaftsdidaktik wird endgültig zur Domäne der Allgemeinbildung, um die Idee des mündigen Bürgers überhaupt noch

1 Zu den Unterschieden von fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Methoden, vgl. Böhner 2015.

halten zu können.[2] Dafür müssen die digitalen Möglichkeiten bereits in der Jetztzeit durchdrungen, auf den voranschreitenden Wandel der digitalen Chancen und Gefahren sowie der Künstlichen Intelligenz eingegangen und Menschen für die erforderliche Flexibilität in der Berufstätigkeit gerüstet werden. Wie kann dies von der regulären Lehrkraft im Bereich Wirtschaft nur geleistet werden? Ist der Stand der digitalen Technologie in aller Komplexität zu beherrschen; inwiefern kann überhaupt der Stand von jungen Erwachsenen, der Generation der „Digital Natives", erkundet werden?

Noch vor zehn Jahren habe ich in der Jubiläumsveröffentlichung zum 60-jährigen Bestehen des Verbandes für Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen argumentiert, dass Lehrkräfte „Ressourcen berücksichtigend und individuell den Einzelnen stärkend" (Böhner 2009, S. 30) gebildet werden sollen. Das gilt im Jahre 2019 noch immer; die Herausforderungen sind aber immens. Von daher ist es zentral, die Stärken von Wirtschaftslehrkräften unterrichtlich in den Vordergrund zu rücken:

- gemeinsam mit Lernenden die digitalen Möglichkeiten erkunden und kritisch hinterfragen
- methodisch-didaktisch aufbereitete Lernmöglichkeiten einsetzen (z. B. cloudgesteuerte Planspiele oder onlinegestützte Lernkurse und -apps)
- aber insbesondere moralische und ethische Durchdringung der Nutzung der sich mit einer bislang ungekannten Geschwindigkeit entwickelnden digitalen Möglichkeiten im Wirtschafts- (und Privat-)leben

Es kann festgehalten werden, dass es bereits Kompetenzmodelle gibt, die digitale Kompetenzen explizieren. Institutionen der Lehrkräftebildung, einzelne Lehrkräftebildnerinnen und -bildner und Lehrkräfte in Eigenverantwortung sind aber als Daueraufgabe nun damit betraut, diese für den Alltag des Wirtschaftsunterrichts zu präzisieren. Dem fachdidaktischen Prinzip der „Anpassung an die digitalen Veränderungen" folgend, gilt es, technologische Möglichkeiten und Risiken stets aufs Neue mit den Lernenden zu erkunden und in den Unterricht kontinuierlich zu integrieren, digital aufbereitete Lernprodukte zu kennen und einzusetzen (in Einzelfällen mitunter sogar selbst aufzubereiten, z. B. Programmieren von Lernapps) oder, vor allem, moralisch und ethisch die profunden Konsequenzen stetigen Einzughaltens digitaler Vorgänge und künstlicher Intelligenz in den (wirtschaftlichen) Alltag zu hinterfragen und die Freiheit des Menschen bewahren zu helfen – als zentrale Säule einer liberal-demokratischen Grundordnung, die kapitalistisches Wirtschaften auf Basis sozial gerechten Zusammenlebens überhaupt erst ermöglicht.

2 Die einschüchternden Möglichkeiten von diktatorischen Überwchungsstaaten sollen in diesem Zusammenhang nur angedeutet werden; das „1000-Punkte-System" für gute oder schlechte Bürger, welches bis 2020 in China eingeführt werden soll, mag als ersten Anhaltspunkt dafür dienen. Aus Basis des gläsernen Verhaltens der Menschen wird bspw. entschieden, ob ein Beruf ausgeführt oder gereist werden darf (vgl. Ankenbrand 2017).

Literatur:

Ankenbrandt, H. (2017): China plant die totale Überwachung, in: FAZ-net, 22.11.2017.

Böhner, M. (2009): Die Ausbildung von Lehrkräften bis zum Jahre 2020, in: 60 Jahre VLW in Rheinland-Pfalz. Kirchheimbolanden: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW). S. 28-31.

Böhner, M. (2015): Methodik für Lehrende im Bereich Wirtschaft. Schlüssel für erfolgreichen Unterricht. Teach the Teacher. Berlin: Cornelson.

Böhner, M. & Dolzanski, C. (2016): Fachdidaktik für Lehrende im Bereich Wirtschaft. Schlüssel für erfolgreichen Unterricht. Teach the Teacher. Berlin: Cornelsen.

Expertenkommission (2017): Empfehlungen zur Umsetzung der KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt" für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Rheinland-Pfalz. Mainz: Expertenkommission.

Joint Research Centre (JRC) (Hrsg.) (2017): European Framework for he Digital competence of Educators (DigCompEdu). Autor: D. Redecker, Hrsg.: Y. Punie. Brüssel: Europäische Kommission.

KMK (Kultusministerkonferenz): Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt" Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 08.12.2016 in der Fassung vom 07.12.2017. Berlin: KMK. URL: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2018/Strategie_Bildung_in_der_digitalen_Welt_idF._vom_07.12.2017.pdf. Zugriff am 15.02.2018.

Mishra, P. & Koehler, M.J. (2008): Introducing TPCK, in: J.A. Colbert et al. (Hrsg.), Handbook of Technological Pedagogical Content Knowledge for Educators. New York: Routledge. S. 1-29.

Schumpeter, J.A. (1994) [Original 1942]. Capitalism, Socialism and Democracy. London: Routledge.

Shulman, L.S. (1978): Those who understand: Knowledge growth in teaching, in: Educational Researcher, Vol. 15, No. 4.

Wu, T. (2017): The Attention Merchants: The Epic Struggle to Get Inside Our Heads. London: Atlantic Books.

Die Zukunft der kaufmännischen Berufsausbildung
von Joachim Maiß

Wir stehen vor dramatischen Veränderungen in unserem beruflichen Umfeld, die auch und gerade an den berufsbildenden Schulen nicht spurlos vorüber gehen werden. Erlauben Sie mir, Sie auf eine kleine Reise in die Zukunft des Jahres 2035 mitzunehmen. Was heute noch wie ein Märchen klingt, ist morgen vielleicht schon Wirklichkeit ...

Joachim Maiß, Bundesvorsitzender des BvLB und Schulleiter der Multi-Media-BBS Hannover (Foto: Marco Urban)

Es gibt keine privaten Autos mehr. Wir bewegen uns von A nach B ... morgens zur Arbeit oder zur Fußpflege mit autonom fahrenden Elektro-Fahrzeugen. Durch einen Verzicht auf den Individualverkehr und die Tatsache, dass Autos autonom fahren und IT-gesteuert sind, benötigen wir nur noch ein Sechstel der bisherigen Fahrzeuge. Weil autonome Fahrzeuge keine Fehler machen, keinen Alkohol trinken, keine Pausen brauchen und keine Unfälle verursachen, sind die gesellschaftlichen Gesamtkosten für die allgemeine Logistik auf ein Drittel gesunken. Die Biomasse, die wir für den Unfallschutz der Autos brauchen, verursacht nur noch 50 Prozent des früheren „Blechaufwandes".

Der Schadstoffausstoß ist gleich null, die Städte sind viel grüner. Stuttgart und Hamburg konkurrieren mit Singapur und Vancouver um den Titel der grünsten und lebenswertesten Stadt der Welt. Wo früher Parkhäuser standen oder wo Parkplätze waren, befinden sich Sport- und Grünanlagen. Wir benötigen keine Taxifahrer und LKW – Fahrer mehr, wir brauchen nur noch einen Bruchteil der Technik in den Automobilwerken.

Von bisher 24.000 Mitarbeitern in der Motorenfertigung von BMW benötigt man für Elektromotoren nur noch 5.000 und diese haben sich auf geänderte Kompetenzen eingestellt. Wir brauchen viel weniger Zulieferer; eine auf Elektromobilität basierende Wirtschaft benötigt IT-Kompetenz und Batteriekompetenz. Um die Technik in den Werken gruppiert sich die Betriebswirtschaft. Neben dem reinen Mengenprozess, bei dem wir weniger Personal brauchen, haben wir es mit einer massiven Verschiebung der Anforderungen zu tun.

Zur Zeit (2019) gibt es etwa 18 Millionen Bürojobs in Deutschland. Die eine Hälfte davon ist repetitiv, die andere Hälfte ist kreativ. Steuerfachangestellte und Industriekaufleute sind typisch repetitive Berufe, Verkäufer und Lifestyle-Berater sind kreative Berufe. Alles, was automatisiert werden kann, wird mittelfristig automatisiert werden. Die Masse der repetitiven Berufe wird in den nächsten 15 Jahren verschwinden. Steven Jobs hat folgenden Satz geprägt: „Wir brauchen Bankdienstleistungen, aber keine Banken". Paypal oder das neue Apple Pay bzw. die Blockchain-Technik á la Bitcoin stellt den Zukunftsweg der Finanzdienstleistungen dar. Die Auswirkungen dieser Entwicklung spüren auch die Schulen. Den Anfang haben u. a. die Bankkaufleute gemacht: vom Traumberuf zum Auslaufmodell.

Die konkreten Auswirkungen können wir in den kaufmännischen berufsbildenden Schulen eindrucksvoll beobachten. So hat die führende Schule für Bank- und Sparkassenkaufleute in Hannover in den vergangenen Jahren einen Rückgang von 40 Prozent der Schülerschaft zu verzeichnen. Alle Berufe werden den „Mistanteil" (die einfachen Arbeiten) an ihrer Profession verlieren. Was an den Berufen überbleibt, ist das Schwierige und Anspruchsvolle. Wir werden es mit Digitalisierungsgewinnern und -verlierern zu tun bekommen. Früher reichte es für einen Bürokaufmann aus, im Einkauf oder Verkauf in einem ERP-System die für die betrieblichen Prozesse erforderlichen Eingaben zu tätigen. Amazon sei Dank – genau das machen die Systeme in Zukunft eigenständig. Die klassischen kaufmännischen Tätigkeiten werden künftig von den Systemen übernommen. Der Bürokaufmann der Zukunft muss in der Lage sein, ein ERP-System zu gestalten (Customizing): Er muss betriebswirtschaftliche Prozesse nicht nur beschreiben

können, er muss sie verstehen und gestalten können. Wenn Elster erst einmal perfekt funktioniert, werden Steuerfachangestellte nicht mehr oder nur in begrenztem Maße und dann aber höher qualifiziert eine berufliche Herausforderung und somit eine Zukunft haben. Mit dem Fortschritt bei ERP-Systemen, die mehr und mehr mit Künstlicher Intelligenz (KI) erweitert werden, sehe ich für den klassischen Industriekaufmann wenig Zukunftschancen. Der klassische Verkäufer steht unter dem Druck des Onlinehandels.

Der lokale Handel hat seine Chancen genutzt. „Customers – Journey" ist in lebendigen Innenstädten ohne Verkehrschaos in grünen Einkaufszonen eine echte Alternative zu Amazon geworden. Wir haben empathische Verkäufer, die perfekt in modernen Kommunikationstechniken geschult sind und mittels Avatartechnik – einer Weiterentwicklung von VR und AR (Augmented Reality) – den Kunden ein einmaliges Einkaufserlebnis bieten. Der Transport der gekauften Waren erfolgt nicht mehr per Fahrzeug von DHL oder Hermes, sondern über die Drohnen-Flotten der früheren Speditionen. E-Commerce-Kaufleute spielen in der klassischen Form, wie sie 2018 einmal etabliert wurden, keine Rolle mehr. Die Techniken der frühen „Groth-Hacker" in Verbindung mit Social-Media-Marketing und viralen Marketing-Kampagnen sind das Tätigkeitsfeld der E-Kaufleute der 30er Jahre. Reiseverkehrskaufleute spielen ein ganz spezielles Nischenleben für Menschen, die ein sehr besonderes Erlebnis bei der Reisebuchung suchen, das über digitale Medien nicht vermittelbar ist. So ist die Hochzeitsreise oder die Reise ins Weltall mit Blick auf den inzwischen ökologisch genesenen blauen Planeten nicht alltäglich und erfordert ein besonderes Buchungserlebnis und spezielle Kenntnisse. Mengenmäßig spielen dieses „Reisebüros" allerdings keine Rolle mehr. Schulen haben keinerlei Chance, für diese Nischen spezielle Klassen zu etablieren.

Ob all diese Aufgaben der 30er Jahre mit ihren speziellen Kompetenzanfoderungen künftig noch von Facharbeitern erfüllt werden können oder ob hier nicht Hochschulabsolventen gefragt sein werden, ist fraglich. Es wird von der Entwicklungsgeschwindigkeit und Anpassungsfähigkeit gerade der kaufmännischen Schulen abhängen, welche Rolle sie in dieser neuen digitalen Wirtschaft spielen werden. Sie verfügen über das notwendige Potential und sind die einzige Institution, die eine Brücke zwischen den technischen Veränderungen und den Möglichkeiten der jeweiligen Schülergeneration bauen können.

Zurzeit herrscht eine zaghafte Zurückhaltung bei der Implementierung von ERP-Systemen in den kaufmännischen Schulen vor. Ja, das T- Konto und die Doppik sind als Grundlage wichtig, aber die Realität in den Betrieben dreht sich um ERP-Systeme, die weitgehend noch ein Schattendasein in den berufsbildenden Schulen spielen.

Auch der Bereich Marketing ist einem großen Veränderungsdruck unterworfen. Social-Media-Marketing, virales Marketing oder gar Guerilla-Marketing, Groth-Hacking, SEO – all das sind Entwicklungen dieser neuen digitalen Gesellschaft. Ohne digitale Technik geht heute nichts mehr. Ob die Kieskuhle, der Bauernhof oder jedes beliebige Handelsunternehmen. Die These lautet, „adapt or die". Dies hört sich hart an, aber wie viele Beispiele können wir denn aus dem Stand aufzählen? Wer hätte vor 10 Jahren behauptet, dass das größte Handelsunternehmen der Welt keinen Laden und keine eigene Ware hat? Wer behauptet hätte, das größte Beherbergungsunternehmen der Welt hat kein einziges eigenes Bett oder das größte Medienunternehmen erstellt gar keine eigenen Medienbeiträge? Wir wären für verrückt erklärt worden.

Genau diese Entwicklung „Software as a Service", ein Geschäftsmodell quasi mit Grenzkosten Null, ist zur Realität geworden. Und alle müssen sich nach der Decke strecken, um nicht das Schicksal von Kodak oder Nokia zu erleiden. Es entstehen laufend neue Geschäftsmodelle und alte müssen modelliert werden. Die entscheidende Frage wird sein, ob die berufsbildenden Schulen es schaffen, sich in diesem sich immer schneller drehenden Innovationskarussell zu behaupten und zu den Digitalisierungsgewinnern zu zählen.

Die Masse der Unternehmen sind KMUs und genau diese brauchen Unterstützung bei der Umsetzung einer Digitalstrategie, bei der Einführung von ERP-Systemen, bei der Schulung ihrer Mitarbeiter, bei der Gestaltung ihres CRM-Systems und bei der Umsetzung von Social-Media-Marketingstrategien. Das kann zur neuen Herausforderung der berufsbildenden Schulen werden. Die Anforderungen an die Digitalisierungsgewinner werden massiv steigen. Oder zählen die berufsbildenden Schulen zu den Digitalisierungsverlierern und beschäftigen sich mit den „Mistanteilen", die sich nicht zur Automatisierung eignen?

Der Einzelhandel hat 20 Jahre über Amazon gelacht. Seit 1997 gibt es Amazon und nun ärgert sich der Handel massiv. Vor 10 Jahren konnte sich niemand vorstellen, dass Nokia vom Markt verschwindet. Man konnte sich nicht vorstellen, dass ein Handy ohne Tasten funktioniert. Kodak war der Inbegriff der Farbfotografie. Niemand wollte glauben, dass wir uns mit den wenigen Pixeln zufriedengeben. Die Plattenindustrie hat

mp3 verschlafen. Spotify und Co. sind die neuen Geschäftsmodelle. Schulbuchverlage sind auf dem besten Weg, die aktuellen Entwicklungen zu verschlafen. Wir benötigen keine pdf-Schulbücher; nein – wir brauchen interaktive Lernmedien, die eher von Startup-Unternehmen als von den traditionellen Verlagen kommen.

Der Blick in Vergangenheit und Zukunft, aber gerade die aktuellen Realitäten müssen uns deutlich machen, dass es 5 vor 12 ist. Wir haben die Digitalisierung viel zu lange verschlafen. Die Zukunft kommt – sie ist ganz anders als die Gegenwart. Die kaufmännischen berufsbildenden Schulen werden eine entscheidende Rolle bei der Digitalen Transformation spielen müssen und können. Und wie enden doch Märchen üblicherweise? Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute ....

Rückblick 1949 - 2019

70 Jahre VLW RHEINLAND-PFALZ

Die folgenden drei Artikel sollen die 70 Jahre von 1949 bis 2019 aus Sicht des Verbandes beleuchten. Die Berichtenden legen den Schwerpunkt mehr auf die Entwicklung der beruflichen Bildung in Rheinland-Pfalz und den Einfluss, den unser Verband auf diese Entwicklungen nehmen konnte. Auffallend ist, dass – parallel zur Entwicklung von Politik und Gesellschaft – in den Jahren nach 1945 die Anfänge gelegt, die großen Richtungsentscheidungen getroffen wurden. Die Berufsbildenden Schulen, und hier im Wesentlichen die Lehrkräfte und die sie repräsentierenden Verbände, mussten ihre Gleichrangigkeit im Bildungssystem erst erkämpfen. Dies wird in dem Artikel von Kurt Rollfinke sehr deutlich. Kurt Rollfinke war Schulleiter in Boppard und Vorsitzender des Bezirks Koblenz und repräsentiert die „Aufbaugeneration" der Bundesrepublik.

Frieder Heil, auch er Bezirksvorsitzender (in der Pfalz) und langjähriges Hauptpersonalrats-Mitglied, schildert in vielen Details die Bemühungen um eine Konsolidierung und die Abwehr von Angriffen auf Bewährtes (wie die Einrichtung von Fachoberschulen an der „Realschule plus").

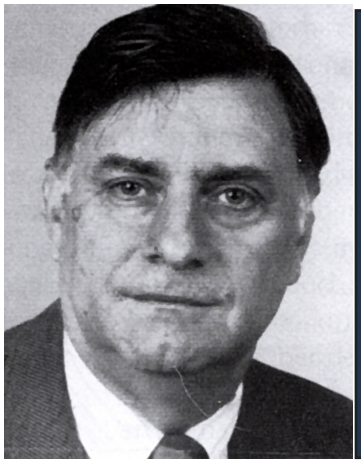
Auch Michael Lutz war Bezirksvorsitzender (in Rheinhessen) und gehörte dem Hauptpersonalrat BBS für acht Jahre an. Er zeigt auf, dass die Berufsbildenden Schulen ihren Platz im Bildungssystem zwar behauptet haben, aber immer noch in Teilbereichen benachteiligt sind (z. B. in der Lehrkräfteversorgung und bezüglich des Unterrichtsausfalls). Dies gilt auch für den Öffentlichen Dienst als Ganzes; die Schere zwischen Privatwirtschaft und Öffentlichem Dienst hat sich in den vergangenen Jahren weiter aufgetan, und die Landesregierungen tun sich zunehmend schwerer bei der Gewinnung von Fachkräften in Verwaltung und Schulen.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

Vom Verband Deutscher Diplom-Handelslehrer zum Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen - 40 Jahre Verbandsarbeit in Rheinland-Pfalz (1949-1989)

von Kurt Rollfinke (†), gekürzt und überarbeitet von Dirk Mettler

Das nach 1945 neugeschaffene Rheinland-Pfalz bestand in seinem nördlichen Teil im Wesentlichen aus vormals preußischen Gebieten, im südlichen (pfälzischen) Teil aus vormals bayrischem Gebiet. Die durch diese unterschiedliche Vorgeschichte bedingten unterschiedlichen Strukturen machten sich anfangs auch in der unterschiedlichen Organisationsstruktur der Diplom-Handelslehrer im Lande bemerkbar, die dazu führte, dass in Rheinland-Pfalz erst 1949 ein Verband Deutscher Diplom-Handelslehrer (VDDH) entstand, der sich 1950 dem Bundesverband anschloss. [...]



Kurt Rollfinke (†) war 22 Jahre Mitglied des Landesvorstands und 16 Jahre Vorsitzender des Bezirks Koblenz

Die erste größere Veranstaltung des Verbandes in Rheinland-Pfalz war die „Europäische Hochschultagung", die 1951 unter dem Thema „Europäisches Kulturgut und Weltwirtschaft" an der Universität Mainz stattfand. Diese Tagung westeuropäischer Wirtschaftserzieher wurde vom Bundesverband unter seinem Vorsitzenden Dr. Anton Pfeifer, Aachen, organisiert.

In den 1950er-Jahren wurde die Organisation des Landesverbandes verbessert: hatten zunächst noch die Mitglieder des Landesvorstandes aus den einzelnen Bezirken auch die Betreuung der Mitglieder in den jeweiligen Bezirken übernommen, so wurden im Laufe der Zeit Bezirksvorsitzende in den Regierungsbezirken des Landes gewählt, die satzungsgemäß stimmberechtigte Mitglieder des Landesvorstandes wurden. Dabei wurde für den damaligen Regierungsbezirk Montabaur kein eigener Bezirksverband eingerichtet, und der Bezirksverband Rheinhessen blieb auch nach der Verschmelzung der Regierungsbezirke Rheinhessen und Pfalz als eigenständiger Bezirksverband bestehen. So erklärt sich die heute noch aktuelle Struktur mit vier Bezirksverbänden.

Beim Studium der Verbandsunterlagen aus den ersten Jahren der Verbandsarbeit fällt auf, dass ein außerordentlich großer Teil der Arbeit und des Interesses den Besoldungsfragen (Einstufung) galt. Der Berufsstand der Diplom-Handelslehrer hatte aus den 1920er- und 1930er-Jahren ein unrühmliches Erbe übernehmen müssen, d. h., Diplom-Handelslehrer fühlten sich im Schuldienst falsch und ungerecht eingestuft. Als Gründe für diese ungerechte Behandlung wurde mal das angeblich zu kurze Studium und dann wieder das praktisch-pädagogische Jahr angegeben, Ende der 1950er-Jahre war der Kampf des Verbandes endlich erfolgreich: Diplom-Handelslehrer im Berufsschuldienst wurden in den höheren Dienst übernommen; auch hinsichtlich der Amtsbezeichnung gab es bald die angestrebte Anpassung an den höheren Dienst: aus Handelsoberlehrern wurden Studienräte.

Dieser große Erfolg des VDDH brachte auch bei der Verbandsorganisation einen Durchbruch, da viele Kollegen jetzt die Bedeutung einer Berufsorganisation erkannten und verstanden, die sich für die speziellen Interessen ihres Berufsstandes einsetzt.

Die Bemühungen des Verbandes gingen nun dahin, auch noch die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit) im Höheren Dienst zu erreichen. Für viele war es eine Selbstverständlichkeit, dass bei gleichen Studien- und Ausbildungsbedingungen alle Lehrer, die im Sekundarbereich II unterrichten, auch die gleiche Pflichtstundenzahl haben. Diese Hoffnung vieler Kollegen, dass diese letzte Stufe der Anpassung an den höheren Dienst fast nur noch eine Formsache sei, die in kurzer Zeit erreicht werden könnte, zerschlug sich bald. Es wurde daraus vielmehr eine leidige „unendliche Geschichte". Es ist erschreckend festzustellen, wie viel Arbeits-, Energie- und Zeitaufwand uns dieses Thema in den letzten Jahrzehnten gekostet hat; viele Gutachten wurden erarbeitet, Resolutionen wurden verfasst, unzählige Verbandsveranstaltungen, Gespräche mit Bildungspolitikern, Diskussionsrunden usw. mussten diesem Thema gewidmet werden. Viel Kraft und Zeit gingen dabei der Diskussion über andere - letztlich vielleicht wichtigere bildungspolitische Themen verloren. Dabei wurde uns von unseren Kultusministern und ihren Staatssekretären immer wieder versichert, dass es keinerlei sachliche Gründe für unsere Schlechterstellung bei der Pflichtstundenzahl gäbe,

dass aber im Augenblick die längst fällige Harmonisierung leider aus diesem oder jenem Grund nicht vorgenommen werden könne.

Es ist ebenso grotesk wie ärgerlich, welche verschiedenartigen Gründe der Harmonisierung der Arbeitszeit im Lauf der Jahre angeblich im Wege standen. Zunächst hieß es, finanzielle Gründe erlaubten die Reduzierung der Wochenstundenzahl noch nicht sofort. Nun ja, Rheinland-Pfalz war ein armes Land, und diese Begründung erschien zunächst einleuchtend, obwohl kein Kultus- oder Finanzminister es je für nötig hielt zu erklären, weshalb dieses arme Land Rheinland-Pfalz denn nun ausgerechnet immer wieder nur an seinen Berufsschullehrern sparen müsse. Das bittere Wort vom Berufsschullehrer als dem „Sparschwein der Nation" kam auf.

Als sich dann die finanzielle Lage des Landes offensichtlich gebessert hatte, konnte diese Begründung nicht mehr aufrechterhalten werden. Eine neue Begründung wurde notwendig - und wurde von der Kultusverwaltung auch bald gefunden: der Lehrer- und Nachwuchsmangel bei den berufsbildenden Schulen wurde jetzt angegeben, der bei einer Reduzierung der Wochenstundenzahl zur Erhöhung des ohnedies beträchtlichen Unterrichtsausfalls führen würde. Als dann durch Sonderaktionen (z. B. Gewinnung von Vertragslehrern) eine Besserung der Situation in Sicht war, war aber immer noch nicht die Zeit für eine Harmonisierung der Arbeitszeit gekommen: Jetzt war es ein bevorstehender Schülerberg, der eine Reduzierung der Wochenstundenzahl verhinderte. Abgesichert wurde dieses Argument noch durch die Celler Beschlüsse der Ministerpräsidenten, das sog. Stillhalteabkommen, das den einzelnen Bundesländern untersagte, die Arbeitszeit der Lehrer eigenmächtig zu ändern. Zwar wurde bald bekannt, dass trotz dieses Stillhalteabkommens einzelne Länder doch noch Änderungen der Arbeitszeit für bestimmte Lehrergruppen vornahmen, wenn sie dies für opportun hielten. Doch die Änderung der Pflichtstundenzahl für Lehrer an berufsbildenden Schulen hielt hier wohl niemand für opportun.

Es ist dem Kultusminister Dr. Georg Gölter zu verdanken, dass er dem jahrzehntelangen Tauziehen um die Harmonisierung der Arbeitszeiten in Rheinland-Pfalz endlich ein Ende bereitete und dafür sorgte, dass stufenweise ab 1988 die Arbeitszeit der Lehrer an berufsbildenden Schulen harmonisiert wurde. [...]

Natürlich standen auch damals schon bildungspolitische Fragen im Mittelpunkt der Verbandsarbeit. Die Themen der Veranstaltungen des Landesverbandes lassen erkennen, dass sich die berufliche Bildung in den betrachteten Jahrzehnten in starkem Aufschwung und Wandel befand und dass der Verband wichtige Beiträge zur Entwicklung und Neugestaltung unseres Schulwesens sowie zur Verbesserung des dualen Ausbildungssystems geleistet hat.

In den 1960er-Jahren war das neunte Schuljahr heiß umstritten. Die Volksschule (Hauptschule) forderte dieses neue Pflicht-Schuljahr ganz für sich. Entsprechend seinem Verständnis von Demokratie im Bildungsgeschehen forderte der VDDH die Verwirklichung und Respektierung des Elternrechts auch in diesem Bereich: Schüler des 8. Hauptschuljahres bzw. ihre Eltern sollten entscheiden, ob sie im 9. Schuljahr weiterhin die Hauptschule oder aber eine Berufsfachschule (z. B. Handelsschule) besuchen sollten. Wir hofften dabei, dass die Handelsschulen in der Öffentlichkeit und vor allem in der Wirtschaft einen so guten Ruf hatten, dass unsere Schulen mit Neuntklässlern gut gefüllt sein würden. Aber viele Stellen, die sich in anderem Zusammenhang so stark für die Wahrung des Elternrechts bei Erziehung und Ausbildung eingesetzt hatten, schwiegen hier - und so wurde das 9. Schuljahr leider ganz der Hauptschule als Pflicht-Schuljahr zugeordnet. Es ist heute sicherlich müßig, darüber zu spekulieren, ob die unbefriedigende Entwicklung der Hauptschule seit dieser Zeit positiver verlaufen wäre, wenn seinerzeit das 9. (und 10. Schuljahr) zumindest als Wahlmöglichkeit an den Berufsfachschulen eingerichtet worden wäre(n) und somit alle Hauptschüler die Chance auf eine berufliche Grundausbildung und gleichzeitig zum Erwerb der „mittleren Reife" ohne Zeitverlust erhalten hätten.

Große Aufmerksamkeit widmete der Landesverband stets der Einrichtung neuer Schulformen und Bildungsgänge: Schon früh setzte er sich für die Einrichtung von Wirtschaftsgymnasien (damals Wirtschaftsoberschulen) in Rheinland-Pfalz ein – was 1962 erreicht wurde – sowie für die Einrichtung höherer Wirtschaftsfachschulen (heute Fachhochschulen) – die es in Rheinland-Pfalz seit 1964 gibt.

Der Ausbau des wirtschaftsberuflichen Schulwesens in unserem Lande machte die Schaffung eines Lehrstuhles für Wirtschaftspädagogik erforderlich. Der Verband setzte sich dafür ein, und 1966 wurde an der Universität Mainz ein Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik eingerichtet, der 1967 mit Prof. Peege besetzt wurde.

Nach 21-jähriger Tätigkeit, also 1970, wurde der rheinland-pfälzische Verband „erwachsen"; er gab sich jetzt eine neue Satzung, er wurde ins Vereinsregister beim Amtsgericht Mainz eingetragen und erhielt einen neuen Namen.

Der ursprüngliche „Verband Deutscher Diplom-Handelslehrer (VDDH)“ hieß nun (wie auch sein Bundesverband) „Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW)“.

Ständiges Arbeits- und Diskussionsthema des Verbandes auf allen Ebenen war und bleibt natürlich die Gestaltung des dualen Ausbildungssystems, d. h. das Verhältnis zum „dualen Partner“ Wirtschaft. Besonders intensiv waren Diskussionen um diese Thematik jeweils vor Inkrafttreten neuer einschlägiger Bestimmungen, wie z.B. des Berufsschulgesetzes (1962), des Schulgesetzes (1974), des Berufsbildungsgesetzes des Bundes (1969) und des „Aktionsprogrammes für eine bessere berufliche Bildung“ (1973). Natürlich gehörten auch das Berufsgrundschuljahr und Fragen der Fort- und Weiterbildung zu den ständigen Themen der Verbandsarbeit. [...]

Um die Verbandsmitglieder und die gesamte interessierte Öffentlichkeit über die Verbandsarbeit und die vom Verband vertretenen Standpunkte zu informieren, finden Mitgliederversammlungen, Delegiertenversammlungen, Studien- und Fachtagungen sowie Zusammenkünfte der Ortsvorsitzenden statt. Von besonderer Bedeutung in der Reihe der Verbandsveranstaltungen war die Jubiläumsveranstaltung des Bundesverbandes, die dieser 1983 anlässlich seines 75-jährigen Bestehens im Hambacher Schloss unter großer Beteiligung der Verbandsmitglieder durchführte. [...]

Der VLW 1990 bis 2009
von Frieder Heil, gekürzt und bearbeitet von Dirk Mettler

Frieder Heil, ehemaliger Referent für Öffentlichkeitsarbeit im VLW Rheinland-Pfalz

Die bildungspolitische und personalpolitische Ausgangslage zu Beginn der 1990er-Jahre aus Sicht des VLW: Die Berufsfachschule Wirtschaft stand in der Diskussion. Der VLW forderte das 8 + 2- Modell, Kultusminister Gölter (CDU) lehnte ab, weil man das den Hauptschulen nicht antun könne. Der Klassenbildungserlass wurde streng ausgelegt, der VLW forderte Ausnahmegenehmigungen zum Erhalt der Fachklassen in ländlichen Gebieten, zudem deren Ausbau. Der VLW Rheinland-Pfalz unterstützte die Gründung des VLW in Thüringen. Der VLW protestiert dagegen, dass die Lehrerarbeitszeitverkürzung, die andere Schularten bereits erhalten hatten, an der BBS erst mit 2-jähriger Verspätung gelten sollte. Zudem erstellte der VLW einen beeindruckenden Belastungskatalog, um zu dokumentieren, dass die Berufsbildende Schule unzureichend gewürdigt wurde.

Im Kultusministerium vollzog sich 1991 ein historischer Wechsel durch den Wahlsieg der SPD: Rose Götte wurde erste sozialdemokratische Kultusministerin, die dann auch auf dem VLW-Bildungskongress im März 1992 das Hauptreferat hielt und mehr Demokratie und Pädagogik in den rheinland-pfälzischen Schulen einforderte. In den Schulen hielt ab 1993 die „Handlungsorientierung“ Einzug und fand sehr unterschiedliche Zustimmung. Ab 1994 engagierte sich der VLW bildungspolitisch insbesondere für die Weiterentwicklung der Höheren Berufsfachschule und vor allem für die Möglichkeit der Ablegung der IHK-Prüfung, was allerdings aufgrund des enormen Widerstands aus IHK-Richtung nicht umgesetzt wurde.

Neuer Bildungsminister wurde 1994 Prof. Dr. Zöllner (SPD), und dieser hob auf dem bildungspolitischen Kongress des VLW 1995 insbesondere die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung hervor. Arbeitstechnisch änderte sich an den BBSn in enormem Maße der Unterricht durch die starke Zunahme des EDV-Unterrichts; hier war es insbesondere die Entlastung für die Systembetreuung, die der VLW forderte, da viele EDV-Lehrkräfte dies ohne die geringste Anrechnung leisteten.

1998 machten dem VLW die ¾-BAT-Verträge, gegen die der Verband intensiv und nachhaltig kämpfte, große Sorgen. Die Einführung von Lernfeldern als Ablösung der Unterrichtsfächer im Bereich der Berufsschule war eine bildungspolitische Neuerung, die auf geteiltes Echo stieß. 1999 gab Minister Zöllner bekannt, dass alle Personalentscheidungen ab dem Jahr 2000 bei der ADD in Trier angesiedelt würden und die bisherigen BPRe in Koblenz, Trier und Neustadt in einen gemeinsamen BPR übergehen sollten. Im März 1999 feierte der VLW auf Schloß Waldthausen sein 50-jähriges Bestehen mit einer imposanten Festveranstaltung, auf der Minister Zöllner die Einführung der vom VLW schon lange geforderten Alters-

teilzeit ankündigte. Allerdings stieß die restliche Rede, insbesondere wegen Zöllners Verteidigung der ¾-BAT-Verträge, auf heftige Kritik des VLW.

Im Jahr 2000 wurde die vom VLW stark begrüßte BOS eingeführt. Mitte des Jahres gab es die erlösende personalpolitische Nachricht: Endlich wurden wieder alle Referendare/innen auf volle Beamtenstellen übernommen – ein zäher und harter Kampf seitens des VLW war erfolgreich gewonnen. Ein allerdings bis heute nicht behobenes Ärgernis fand Eingang in die Berufsschule: Die BBU-Note.

Zu Beginn des Jahres 2001 gelang endlich ein Durchbruch im Bereich der Systembetreuung – langes Bohren hat sich gelohnt. Ende 2001 gab es dann ein weiteres Novum: dem Bewerbermangel an den BBS will man seither mit der Einführung von Quer- und Seiteneinstieg begegnen. Im Bildungsministerium löste die bisherige Staatssekretärin Doris Ahnen Prof. Jürgen Zöllner ab. Sie erwies sich in allen Gesprächen mit dem VLW als außerordentlich gut über die BBS-Probleme informiert, was man über manche Vorgänger nicht immer sagen konnte.

Auch das Jahr 2002 wartete mit Neuerungen auf, da das Beförderungssystem nach A 14 nun rein leistungsbezogen umgestaltet wurde. Allerdings waren noch erhebliche Mängel im Verfahren erkennbar, die prompt zu erheblichen Verärgerungen führten. Erste Erfahrungen wurden auch mit der neu eingeführten Leistungsprämie gesammelt, die alsbald wieder abgeschafft wurde. Ein Thema gewann immer mehr Raum: Die Lehrergesundheit wurde zunehmend als gefährdet erkannt. Der VLW reagierte mit einer Reihe von Fortbildungsveranstaltungen, die sehr großen Zuspruch fanden. Im November veranstaltete der VLW eine Fachtagung, in der u. a. die Reform der beruflichen Wahlschulen im Vordergrund standen.

Das Jahr 2003 war durchzogen von dem Protest gegen die andauernden finanziellen Verschlechterungen. Bildungspolitisch liefen im Hintergrund sehr viele Gespräche zur Neuordnung der beruflichen Wahlschulen. Die künftige Trennung der bislang 2-jährigen Berufsfachschule in eine BF I und BF II führte zu vielen konträren Diskussionen auf allen Ebenen. Neu in der bildungspolitischen Diskussion tauchten „Lernbausteine“ auf.

Die Jahre 2004 und 2005 waren bildungspolitisch durch die geplanten Änderungen in der BF I und BF II geprägt, die Übergänge und das Förderkonzept wurden stark diskutiert. Insbesondere die Belastungen in der BF I wurden als deutliches Manko der neuen Konzeption herausgestellt. Auf einer Landesdelegiertenversammlung wurden die Probleme der neuen Konzeption mit den bildungspolitischen Sprechern der Parteien heiß diskutiert; der VLW führte zahlreiche Evaluations-Fortbildungsveranstaltungen durch. Die Einführung der BOS II im Rahmen der Strukturreform wurde seitens des VLW außerordentlich begrüßt. Dann im Spätjahr ein neues Thema: Das Land richtete die AQS ein.

Der Beginn des Jahres 2006 war geprägt durch die Forderung nach Sozialarbeit in der BF I. Das Land reagiert auf die Situation mit dem Ausbau der Schulsozialarbeit an 18 Standorten. Bildungspolitisch wurde die Neuordnung der HBF mit Seitenausstieg und Kammerprüfung diskutiert. Personalpolitisch äußerst ärgerlich: Die Altersteilzeit sollte negativ abgeändert werden, ebenso sollte die Eingangsbesoldung um eine Gehaltsstufe angesenkt werden; beides lehnte der VLW strikt ab.

Diese Proteste führten zu Beginn des Jahres 2007 zur Rücknahme der geplanten Besoldungsabsenkung! Im März 2007 hatte die VLW-Fachtagung in Mainz wieder einen außerordentlichen Zuspruch. AQS, Altersteilzeit und Neuordnung der HBF waren Magnete bei den angebotenen Foren. Dann im Spätjahr 2007 der Schock für den VLW und die BBS: Das Land verkündete die Abschaffung der Hauptschule, die Einführung der „Realschule plus“ und verbunden damit die Einführung einer 2-jährigen Fachoberschule (FOS) an der „Realschule plus“, quasi als „Zuckerl“ für die Realschule, um dieser die neue Schulart schmackhaft zu machen. In scharfen Stellungnahmen lehnte der VLW die Einführung der FOS an der „Realschule plus“ ab und forderte von der Landesregierung den Verzicht auf diese Maßnahme, die als existenzieller Angriff auf die BBS und als Systembruch bezeichnet wurde.

Das ganze Jahr 2008 war geprägt durch Dutzende Gespräche mit allen Entscheidungsträgern und Landtagsparteien zur Schulreform. Im Schulterschluss mit dem VLBS wurden intensive Gespräche geführt, jedoch machte Ministerin Ahnen sehr deutlich, dass die FOS an der Realschule plus angesiedelt werde. Positiv war zu vermerken, dass eine ganze Reihe neuer beruflicher Gymnasien etabliert wurden. Positiv auch, dass ein Kollege mit Unterstützung des VLW das „Schulbuchurteil“ durch alle Instanzen erkämpfen konnte. Deutlich wurde langsam, dass sich die Schulträger auch zunehmend den IGS zuwendeten und eine solche beantragten. Schlussendlich zeichnete sich ab, dass sich die BBS durch die Veränderungen der Schullandschaft vor allem im Wahlschulbereich der HBF auf erhebliche Konkurrenz einstellen mussten.

2009 - 2019: Mitgestalten und Gefahren abwehren

von Michael Lutz

Die Jahre von 2009 bis 2018 waren – in einem gefestigten berufsbildenden Schulsystem – für den VLW geprägt einerseits vom Kampf als gewerkschaftliche Vertretung für die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen und andererseits von der Abwehr von Angriffen der eigenen rheinland-pfälzischen Landesregierung auf das System der berufsbildenden Schule. Die Einführung der „Fachoberschule an der Realschule plus" bedeutete einen frontalen Angriff auf unser bewährtes System beruflicher Vollzeitschulen und gleichzeitig eine Infragestellung der Kompetenzen der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen. Nach zehn Jahren kann festgestellt werden, dass es der Landesregierung unter größter Anstrengung zwar gelungen ist, (fast) flächendeckend die FOS an den Realschulen plus zu verankern, insgesamt aber von einem Siegeszug dieser Schulform nicht ansatzweise gesprochen werden kann. Denn trotz geringerer Hürden bei der Klassenbildung (im Vergleich zur HBF) ließen die Schülerzahlen regional zu wünschen übrig,

Michael Lutz, Schriftführer im Landesvorstand, von 2009 bis 2017 Mitglied des Hauptpersonalrats BBS

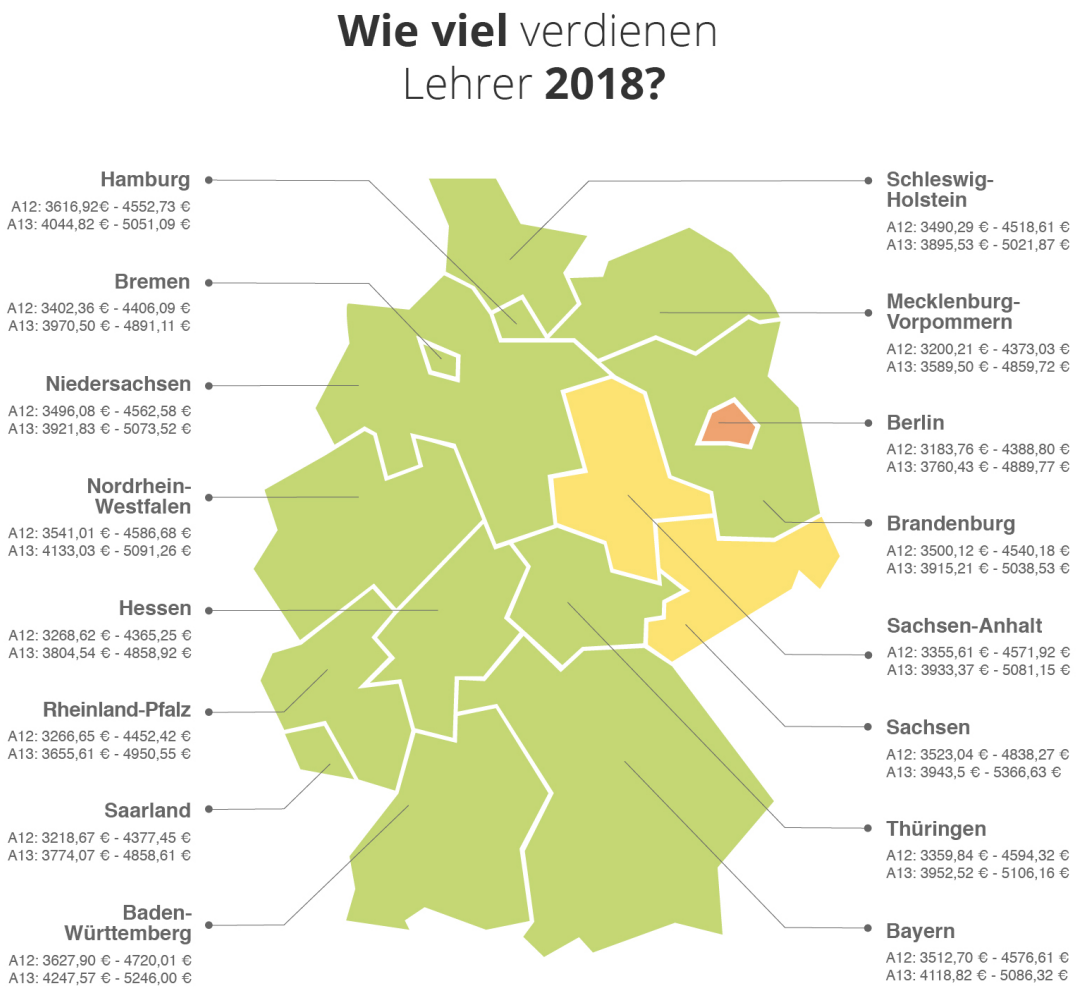
sodass sich die Landesregierung gezwungen sah, den RS-plus eine Ausweitung der Fachrichtungen zu erlauben. Bei der aktuellen HBF-Reform geht man den genau entgegengesetzten Weg.

Immer wieder stellte sich die Frage nach der Prioritätensetzung für die Bildungspolitik, wie in dieser Karikatur; der damalige Hauptakteur ist unschwer zu erkennen.

Der Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen des Landes konnte zwar im Laufe der Zeit – auch aufgrund ständiger Forderungen unseres Verbandes – gesenkt werden, bewegt sich aber immer noch deutlich über dem der meisten allgemeinbildenden Schularten. Damit im Zusammenhang steht das Thema Fachkräftemangel, auf den dieser Unterrichtsausfall im Wesentlichen zurückzuführen ist: Erhebliche Verunsicherung bei Studierwilligen brachten die Konflikte um den renommierten Diplomstudiengang Wirtschaftspädagogik an der Universität Mainz, und auch die zahlreichen und immer wieder vorgetragenen Vorschläge unseres Verbandes zur Steigerung der Attraktivität des Lehramtes an berufsbildenden Schulen und damit zur Lehrkräftegewinnung wurden selten erhört. Ebenso verhallten unsere Mahnungen vor einem Mangel an Lehrkräften für Betriebswirtschaft, der Dienstherr ging lange Zeit von einem „Überhang" aus. So blieb es bei Marketingmaßnahmen, und schließlich ist die Öffnung für Quereinsteiger mit der Lehrbefähigung „Wirtschaft" notwendig geworden. In den letzten Jahren bemühte sich die Landesregierung, durch die vermehrte Einstellung von allgemeinbildenden Lehrkräften den Unterrichtsausfall zu senken.

Zu allem Überfluss gelang der Landesregierung eine markante Prioritätensetzung für ihre Haushalte, nämlich die berüchtigte „5 mal 1% - Regelung“. Die Abkoppelung ihrer Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung bedeutete eine weitere Schwächung in dem Bemühen, kompetente und gut ausgebildete Kräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Es dauerte mehrere Jahre, bis dieser eklatante Verstoß gegen die Fürsorgepflicht eines öffentlichen Arbeitgebers erkannt und (ansatzweise) gemildert werden konnte.

Wozu diese Maßnahmen geführt haben, zeigt eindringlich das folgende Schaubild. Es zeigt, dass Rheinland-Pfalz für unsere jungen Lehrkräfte mittlerweile auf dem vorletzten Platz angelangt ist – nur in Mecklenburg-Vorpommern verdienen Berufseinsteiger noch weniger. So ist es nicht überraschend, dass ein beachtlicher Teil an Junglehrerinnen und -lehrern in die benachbarten Bundesländer abwandert.



Quelle: sofatutor.com

Eine positive Entwicklung sei an dieser Stelle aber doch noch angesprochen: Der ehemalige Bundesbildungsminister Julian Nida-Rümelin eröffnete durch seinen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung „Den Akademisierungswahn stoppen“ eine Diskussion um die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Die jahrzehntelange Bevorzugung allgemeinbildender Schulabschlüsse scheint sich so seinem Ende zuzuneigen – auch hieran haben unsere Lehrkräfte und unser Verband einen entscheidenden Anteil.

Alle diese – und noch andere Themen – konnte unser Verband mit Hilfe des Karikaturisten Uwe Herrmann auf den Punkt bringen. Einige dieser Karikaturen sollen an dieser Stelle noch einmal in Erinnerung gerufen werden. Für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landesvorstand bedeutete die Arbeit an diesen Karikaturen – in Zusammenarbeit mit Uwe Herrmann – eine ständige Herausforderung. Oft wurde wochenlang um Nuancen der Aussage gerungen, wurden Ideen hervorgebracht und wieder verworfen. Die Ergebnisse konnten und können sich sehen lassen, und ein Blick auf die Plakate, die daraus entstanden sind, beleuchten in eindrucksvoller Weise unsere Arbeit der vergangenen Jahre.

Zum Plakat rechts: Immer noch (oder schon wieder) aktuell ist das Thema „Höhere Berufsfachschule“. Jahrelang mussten wir gegen Benachteiligungen dieser Schulform ankämpfen, und aktuell versuchen sich die bildungspolitischen Akteure wieder einmal daran, diese Schulform an die sich wandelnden Anforderungen von Gesellschaft und Wirtschaft anzupassen.

Zum Plakat oben: Die Problematik abnehmender Schülerzahlen bedingte auch eine Diskussion um die Reduzierung und Schließung von Schulstandorten. Dies konnte bislang abgewendet werden, denn wo keine Berufsschulen sind, wird auch nicht mehr ausgebildet. Das Bildungsministerium versucht inzwischen, durch das Projekt „BS 20“ das Bildungsangebot an diese Entwicklung anzupassen. Der Zuzug vieler Flüchtlinge und die damit verbundene Herausforderung an unsere Lehrkräfte und Schulen konnte vor fünf Jahren natürlich noch nicht erahnt werden.

Zum Plakat rechts: Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ging auch an unseren Lehrkräften nicht vorbei; die Auswirkungen für die Einstellungschancen der jungen Lehrkräfte beleuchtete dieses Plakat.

Zum Plakat links: Einerseits fordert unser Dienstherr die Lehrkräfte zu Fortbildungen auf, andererseits ist das Angebot an fachlichen Fortbildungen, gerade auch für betriebswirtschaftliche Lehrkräfte, nach wie vor völlig unzureichend. Ständige Fortbildungen sind – gemessen besonders an den aktuellen Anforderungen einer digitalisierten Zukunft – so wichtig wie nie zuvor.

Zum Plakat rechts: Zur Gegenfinanzierung der Altersteilzeit wurde die Altersermäßigung dereinst gekürzt. Trotz verschlechterter Bedingungen für die Altersteilzeit wurde die Altersermäßigung nicht wieder hochgefahren. Im Gegenteil: Seit Anhebung der Regelaltersgrenze für den Ruhestand um ein Jahr wird auch die Altersermäßigung erst ein Jahr später gewährt.

Mit Hilfe dieser (und vieler anderer) Karikaturen ist es uns gelungen, aktuelle Brennpunkte der bildungspolitischen Diskussionen auf den Punkt zu bringen – gelegentliche Überspitzungen inbegriffen. Welche Herausforderungen auf den Verband und die in ihm organisierten Kolleginnen und Kollegen in naher Zukunft warten, und wie wir diese gemeinsam bewältigen, werden wir hoffentlich in zehn Jahren präsentieren können. Wie wird es uns gelingen, unsere Schulen „demografiefest" zu machen, für einen qualifizierten und motivierten Lehrkräfte-Nachwuchs zu sorgen und weiterhin einen kompetenten Unterricht für die Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten? Diese und andere Fragen werden uns weiterhin beschäftigen, und unser Verband wird sich diesen Fragestellungen gewappnet zeigen.

Zeitreise: Jahresbericht 1952/53

70 Jahre VLW – vier Jahre nach der Gründung des Verbandes entstand dieser – auch aus heutiger Sicht interessante und teilweise (leider) noch aktuelle – Jahresbericht der Kaufmännischen Berufsschule Worms. Lesen lohnt sich – Vergleiche mit der Gegenwart sind durchaus erlaubt.

Das Schuljahr 1952/53 begann am 1. September 1952 und endete am 24. Juli 1953. Entgegen der Regelung an den Volks- und Höheren Schulen, bei denen Anfang und Schluß des Schuljahres bereits seit mehreren Jahren wieder an Ostern liegen, muß die Berufsschule infolge ihrer besonderen Struktur noch so lange am Herbsttermin festhalten, wie die Schüler der Volksschulen im Juli entlasssen werden.

Da jedoch nicht alle Entlaßschüler rechtzeitig eine Lehrstelle finden, sondern erst im Laufe des Jahres in der Wirtschaft unterkommen, und da außerdem stets eine Anzahl Schüler aus den Höheren Schulen an Ostern bei den Lehrbetrieben eintritt, hat sich – wie seit mehreren Jahren schon – auch im Berichtsjahr die Notwendigkeit ergeben, an Ostern mit 3 Klassen zu beginnen.

Auch die Ferien erfuhren wie in den Vorjahren eine Sonderregelung. Insbesondere wurden im Hinblick auf das stärkere Weihnachtsgeschäft und die daraus resultierende Notwendigkeit, die Lehrlinge zu dieser Zeit den Betrieben ganz zu überlassen, die Weihnachtsferien um etwa 2 Wochen vorverlegt. Mit Beginn der 2. Adventswoche wurde kein Unterricht mehr erteilt. Dafür fielen die Herbstferien völlig fort. Die Ferientermine lagen somit wie folgt:

Weihnachtsferien:	9.12.52 – 2.1.53
Osterferien:	1.4.53 – 10.4.53
Pfingstferien:	21.5.53 – 25.5.53

Statistische Angaben:
Die Gesamtschülerzahl belief sich zu Anfang des Schuljahres auf 838 (269 m, 569 w). Zu Ende des Schuljahres waren es 835. Der Konfessionszugehörigkeit nach waren 67,9% evangelisch, 30,2% katholisch und 1,9% konfessionslos. Es wurden 27 Klassen gebildet, und zwar 3 reine Jungen-, 5 reine Mädchen- und 19 gemischte Klassen. Die fachliche Gliederung erstreckte sich auf Einzelhandelsklassen (getrennt in Lebensmittel, Textil und sonstige) und Großhandelsklassen, Industrieklassen und eine Bankklasse.

Lehrkräfte und Stundenzahl
Während der ganzen Dauer des Schuljahres gehörten dem Lehrkörper an: Direktor Dr. Antony, Handelsstudienrat Dr. Hofmann und Handelsstudienrat Martenstein; ferner die an der kaufmännischen Berufsschule seit mehreren Jahren tätigen Lehrer Hildenbrand und Schäle. Die Bemühungen um die feste Übernahme der beiden Lehrkräfte werden wohl in Kürze zum Erfolg führen. Von November 1952 bis Februar 1953 unterrichtete Gewerbelehrer Walter Probst nebenamtlich 14 Wochenstunden. Nach seinem Weggang in die Privatwirtschaft wurden die ausfallenden Stunden von Frau Wiesenecker übernommen, die außerdem noch katholischen Religionsunterricht erteilte.

Im übrigen wurde der Religionsunterricht auf evangelischer Seite von den Pfarrern Hiller und Wüst, der Religionslehrerin Fräulein Strempel, dem Vikar Probst und den Diakonen Böcher und Kaiser, auf katholischer Seite von dem Religionslehrer Heinrichs gegeben.

Im Verhältnis zur Schülerzahl ist das Lehrerkollegium bereits seit Jahren stark unterbesetzt. Es war infolgedessen nicht möglich, in den Klassen den durch das Berufsschulgesetz vorgeschriebenen Unterricht erteilen zu lassen. Die im April neu aufgenommenen etwa 80 Schüler mußten mehrere Monate unbeschult bleiben, da hierfür keine Lehrkraft zur Verfügung gestellt werden konnte. Am 1. Juli trat Frau Dipl.-Hdl. Dr. Hübner in das Lehrerkollegium ein, die für die letzten Schulwochen den Unterricht bei den Osterschülern übernahm. Um nur dem dringendsten Bedarf gerecht werden zu können, müßten mindestens noch zwei Lehrkräfte der Schule zugeteilt werden. Die planmäßige Durchführung des Unterrichtes jedoch würde noch volle drei Lehrkräfte erfordern.

Der Unterricht mußte in nur vier Klassenräumen der Gewerbeschule erteilt werden und wurde durch diese Einengung noch weiter behindert.

Infolge der erwähnten Schwierigkeiten war es lediglich möglich, in den einzelnen Klassen zwischen vier und sieben Stunden Unterricht (einschließlich Religionsunterricht) zu erteilen.

Lehrplan und Unterricht

Es ist offensichtlich, daß bei einer derartigen Verkürzung der Unterrichtszeit auch der Lehrplan nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden konnte. So mußte z. B. das für die Lehrlinge des Großhandels und der Industrie bedeutsame Fach „Wirtschaftsgeographie“ völlig wegfallen. Bedauerlicherweise konnte auch mit Maschinenschreiben, obwohl Schreibmaschinen jetzt wieder vorhanden sind und der Schule zur Verfügung stehen, noch nicht begonnen werden.

Von ganz besonderem Nachteil aber ist, daß den Mädchen, die ja über zwei Drittel des gesamten Schülerbestandes ausmachen, der im Berufsschulgesetz vorgeschriebene hauswirtschaftliche Unterricht nicht erteilt werden konnte.

Außerhalb des eigentlichen Lehrplanes wurde in den Monaten März und April in den Oberstufen ein rechtskundlicher Unterricht durch Amtsgerichtsrat Dr. Blaß erteilt, dem hiermit für seine Mühewaltung gedankt sei. Vertieft wurde dieser Unterricht durch Besuche im Amtsgericht selbst, wo die Grundbuch- und die Registerabteilung besichtigt wurden, ferner durch die Teilnahme an Zivilprozeß- und Strafsitzungen.

Kurz vor Ende des Schuljahres wurde den abgehenden Klassen durch zwei Ärzte ein Aufklärungsunterricht vermittelt, bei dem vor allem auf die großen durch Geschlechtskrankheiten drohenden Gefahren eingegangen wurde. Dem Lehrstoff entsprechend wurden die Klassen hierbei sämtlich geschlechtlich getrennt. Für die Mädchen unterrichtete Frau Dr. Benninger, für die Jungen Facharzt Dr. Thome. Den beiden Ärzten sei ebenfalls der Dank der Schule ausgesprochen. Wegen der großen Bedeutung der hierbei auftauchenden Fragen ist vorgesehen, diesen Unterricht künftig bereits in die Mittelstufe zu verlegen.

Besichtigungen und Studienreisen

Aus der Erkenntnis heraus, daß die Ausbildung des jungen Kaufmanns umso besser ist, je weiter sein Blick wird, wurden auch im abgelaufenen Schuljahr wieder für alle Mittel- und Oberstufen Betriebsbesichtigungen durchgeführt, die zum Teil in hiesige Betriebe führten. Außerdem wurden noch zahlreiche andere Stätten besucht, die das kulturelle, historische und politische Bewußtsein der Schüler zu heben und pflegen bestimmt waren. In Worms selber war es vor allem der alte Kaiserdom und das Museum, wohin alle Oberklassen gingen, um von Stadtarchivrat Dr. Illert in die Geschichte des alten Worms eingeführt zu werden. Ihm, der sich immer wieder gern zur Verfügung stellt, um den Schülern ihre Vaterstadt und deren Geschichte zum Erlebnis werden zu lassen, sei ebenfalls herzlich gedankt. Zwei Höhepunkte wies das Programm der Studienfahrten auf. Es waren dies

1. Die zweitägige Omnibusfahrt am 1. und 2. Juni durch den Schwarzwald mit Besichtigung der Anlagen des Südwestfunks in Baden-Baden nach Straßburg, wo der Europagedanke für das Mittelalter durch den sakralen Bau des Münsters und für die Gegenwart durch das Europahaus symbolisiert wird; und
2. Die dreitägige Fahrt mit Bahn und Schiff den Rhein hinunter nach Köln, Düsseldorf und Bonn, wo ebenfalls Kultur und Wirtschaft, Geschichte und politische Gegenwart miteinander in eine große Schau gebracht wurden. Es genügt hier, auf die Schülerberichte über diese Fahrten zu verweisen.

Die kaufmännische Berufsschule Worms in den 1950er-Jahren
(Foto: Stadtarchiv Worms, M15257)

Die BBS Wirtschaft Worms heute
(Foto: BBS W Worms)

Lehrabschlußprüfungen und Leistungen der Schüler

Im Laufe des Berichtsjahres wurden durch die Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen in Worms wieder zwei Prüfungen für Kaufmannsgehilfen abgehalten, bei denen die Lehrkräfte mitwirkten. Der Direktor und Handelsstudienrat Martenstein sind im Prüfungsausschuß vertreten und nahmen dort die Interessen der Schule und der Schüler wahr. Bei der Stellung der Prüfungsaufgaben durch die Industrie- und Handelskammer war die Schule ebenfalls maßgeblich beteiligt.

Da sich die Prüfungsaufgaben weitgehend auf die in der Berufsschule erlernten Stoffe beziehen, konnten die Ergebnisse der Prüfung mit als Gradmesser für die hier erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten angesehen werden. Erfreulicherweise darf festgestellt werden, daß sich trotz der erwähnten Schwierigkeiten die Leistungen auf einem guten Niveau hielten und ein erheblicher Teil der Prüflinge sehr gut oder gar mit Auszeichnung bestand.

Schulfeierlichkeiten

Nach Abschluß der vorjährigen Herbstprüfung fand in Verbindung mit der Industrie- und Handelskammer und der Gewerblichen Berufsschule eine Freisprechungs- und Entlassungsfeier statt. Diese war, um das berufliche Moment besonders zu betonen, in die „Woche des Berufes“ verlegt worden. Der Direktor der Kaufmännischen Berufsschule hielt dabei die Festansprache über das Thema „Der Beruf als soziale Verpflichtung“.

Von der Gepflogenheit dieser gemeinsamen Feiern wurde mit Ende dieses Schuljahres erstmals abgewichen, um den Schülern, die keine Abschlußprüfung ablegen, ebenfalls einen feierlichen Abschluß der Berufsschulzeit zu ermöglichen. So wurde denn am 24. Juli in der Aula der Karmeliterschule eine Jahresabschluß- und Schulentlassungsfeier veranstaltet, zu der sämtliche abgehenden Schüler mit ihren Eltern und Lehrherrn bzw. Arbeitgebern eingeladen waren. Die Feier in der überfüllten Aula wurde gestaltet von Lehrkräften und Schülern. Im Mittelpunkt stand die Festansprache des Handelsstudienrats Martenstein über „Albert Schweitzer, ein Vorbild der Jugend“, die in diesem Heft abgedruckt ist, ebenso wie die Abschiedsworte des Schülers Wolf Niethammer. Allen Mitwirkenden – insbesondere Gewerbeoberlehrer K. Ehrenhardt, der nicht der Kaufmännischen Berufsschule angehört – sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt.

Im Rahmen dieser Feierstunde, während der den 238 Entlaßschülern neben ihren Zeugnissen als Abschiedsgabe der Schule das Heft „An der Schwelle“ überreicht wurde, konnten wieder neun Schüler mit dem Buch „Illert. Die alte Stadt, Bild und Schicksal der ehemals freien Stadt Worms“ belohnt werden....

In der ersten Adventswoche wurden wieder in allen Klassen Adventsfeiern veranstaltet.

Sonstiges

Die Kaufmännische Berufsschule beteiligte sich erstmals bei den Bundesjugendspielen und dem Schwimmwettkampf der Schulen von Worms. Hierbei kam besonders die Schwierigkeit zum Ausdruck, daß die Schüler in erster Linie Angehörige eines Betriebes und dann erst Angehörige der Schule sind. Die Bundesjugendspiele konnten daher nicht im Gesamtrahmen der Stadtschulen durchgeführt werden, sondern mußten auf einen Mittwochvormittag verlegt werden. Die Teilnahme war daher nicht sehr groß. Immerhin konnten 10 Schüler eine Siegesurkunde erhalten.

Bei den erwähnten Schwimmwettkämpfen fehlte, da die Einzelhandelslehrlinge am Samstag keinen Urlaub erhalten, eine Verlegung aber nicht durchgesetzt werden konnte, ebenfalls eine Anzahl der besten Schwimmer. Das Ergebnis – insbesondere für die Jungenstaffel, die hinter der Gewerblichen Berufsschule, vor dem Naturwissenschaftlichen und dem Altsprachlichen Gymnasium den zweiten Platz belegte – ist daher als gut zu bezeichnen.

Einzelne Schüler oder ganze Klassen beteiligten sich außerdem an verschiedenen Sonderveranstaltungen, z. B. einem Preisausschreiben des Sparkassen- und Giroverbandes, einem ebensolchen des Staatsbürgerlichen Aufklärungsdienstes über politische Fragen und des Berufswettkampfes der Deutschen Angestelltengewerkschaft und konnten dabei ansehnliche Preise erringen.

Der Direktor der Schule gehört dem Schulfunkausschuß des Südwestfunks an und nahm an zwei Sitzungen in Baden-Baden teil. Ferner wohnte er der Tagung des Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Bildungswesen in Nürnberg bei, wo eingehend die Fortbildung des Kaufmanns behandelt wurde.

Handelsstudienrat W. Martenstein gehört als Mitglied des Landtages von Rheinland-Pfalz zugleich dem kulturpolitischen Ausschuß an, wobei ihm Gelegenheit geboten ist, unter anderem auch für das kaufmännische Schulwesen zu wirken. Gleichzeitig arbeitet er im Programmausschuß des Südwestfunks und in dieser Eigenschaft auch im Schulfunkausschuß mit, so daß es wohl in absehbarer Zeit gelingen wird, dieses Bildungsinstrument auch unseren beruflichen Schulen zugänglicher als seither zu machen.

Dank dem Entgegenkommen des Oberbürgermeisters der Stadt Worms und einer Beihilfe der Landes- und Bezirksregierung war es möglich, ein Schulfunkgerät mit Bandaufnahme- und Lautsprecheranlage für drei Säle zu beschaffen, so daß der Schulfunk, wenn auch nur in bescheidenem Maße, bereits in die Schularbeit eingebaut werden konnte.

Um die Verbindung zwischen Schule und Elternhaus immer enger zu gestalten, wurden die Eltern der Unterstufen im Laufe des Frühjahrs zu Elternabenden eingeladen, die guten Zuspruch fanden. Es ist geplant, diese Zusammenkünfte weiter zu pflegen.

Und schließlich sei noch die Verschickung von Paketen an Bewohner der Ostzone erwähnt, die von den Schülern erstmals im Rahmen der Adventsfeiern gepackt wurden. Die vielen Dankbriefe lösten in den Schülern reiche Freude aus, die sie veranlaßte, auch vor Ostern und zwischenzeitlich wieder diese Hilfstätigkeit weiterzuführen. Sie erkannte hierbei die tiefe Berechtigung des alten Sprichwortes, daß Geben seliger ist als Nehmen.

Worms, den 31. Juli 1953

Dr. Antony (Direktor)

Aus: Die Jahresschlussbilanz (Bericht der Kaufmännischen Berufsschule Worms)

Wir für Sie - Ihre Ansprechpartner im VLW Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e.V.
Beethovenstraße 2 a, 67292 Kirchheimbolanden
Tel.: 06352 7190517
Fax: 06352 7190518
Homepage: http://www.rheinland-pfalz.vlw.de
E-Mail: info@vlw-rlp.de

Vorsitzender: OStR Karl-Heinz Fuß
Beethovenstraße 2 a, 67292 Kirchheimbolanden
Tel.: 06352 7190517
Fax: 06352 7190518
E-Mail: karl-heinz.fuss@vlw-rlp.de

Stellv. Vorsitzender: OStR Andreas Seehaus
Gartenstraße 22, 76848 Lug
Tel.: p: 06392 993900, Tel.: d: 06341 96710
E-Mail: andreas.seehaus@vlw-rlp.de

Stellv. Vorsitzender: OStR Kurt Flöck
Puderbacher Straße 55, 56317 Urbach
Tel.: p: 02684 850337
E-Mail: kurt.floeck@vlw-rlp.de

Schatzmeister: StD Jürgen Hatzfeld
Fontanesistraße 23, 67227 Frankenthal
Tel.: p: 06233 9617
E-Mail: juergen.hatzfeld@vlw-rlp.de

Schriftführer: OStR Michael Lutz
Hofgartenstr. 4c, 55424 Münster-Sarmsheim,
Tel.: p: 06721 4902582
E-Mail: michael.lutz@vlw-rlp.de

Referent für Öffentlichkeitsarbeit: OStR Dirk Mettler
Hildchen 7, 56077 Koblenz
Tel.: p: 0261 20069016, d: 02631 96450
E-Mail: dirk.mettler@vlw-rlp.de

Geschäftsbereiche

Bildungspolitik, Schulpolitik: StD' Eva Pertgen
Neuweg 14 b, 55218 Ingelheim
Tel.: p: 0179 7662287 d: 06721 13155
E-Mail: eva.pertgen@vlw-rlp.de

Lehrerbildung, junge Wirtschaftspädagogen:
Bereich „Lehrerbildung": StD Bernd Zinßius
Krumme Steig 17, 66953 Pirmasens
Tel.: 06331 62683, E-Mail: bernd.zinssius@vlw-rlp.de

Bereich "Junge Wirtschaftspädagogen":
StR' Miriam Schmidle
Ernst-Reuter-Str. 24a, 55130 Mainz
Tel.: p: 06131 9016833
E-Mail: miriam.schmidle@vlw-rlp.de

Recht und Besoldung: OStR Kurt Flöck
Puderbacher Straße 55, 56317 Urbach
Tel.: p: 02684 850337
E-Mail: kurt.floeck@vlw-rlp.de

Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis: L'fFP Petra Studt
Arenberger Str. 239, 56077 Koblenz
Tel.: 0261-280824
E-Mail: petra.studt@vlw-rlp.de

Kooptiertes Mitglied (für allgemeinbildende Fächer):
StR' Julia Gieger
Tel. 06131 4988694
E-Mail: julia.gieger@vlw-rlp.de

Bezirksvorsitzende
Koblenz: OStR Kurt Flöck
Puderbacher Straße 55, 56317 Urbach
Tel.: p: 02684 850337
E-Mail: kurt.floeck@vlw-rlp.de

Pfalz: OStR Andreas Seehaus
Gartenstraße 22, 76848 Lug
Tel.: p: 06392 993900, Tel.: d: 06341 96710
E-Mail: andreas.seehaus@vlw-rlp.de

Rheinhessen: StD Jürgen Hatzfeld
Fontanesistraße 23, 67227 Frankenthal
Tel.: p: 06233 9617
E-Mail: juergen.hatzfeld@vlw-rlp.de

Trier: OStR Gregor Gebhard
Zum Wingertsberg 25, 54296 Trier
Tel.: p: 0651 72213, d: 0651 975850
E-Mail: gregor.gebhard@vlw-rlp.de

70 Jahre VLW RHEINLAND-PFALZ

Tag der kaufmännischen Schule
in Schloß Waldthausen, Mainz-Budenheim, am 19. März 2019

PROGRAMM

09:30	Eröffnung und Begrüßung
10:00	Grußwort Staatssekretär Hans Beckmann
10:30	Würdigung 70 Jahre VLW Rheinland-Pfalz
10:50	Kaffeepause
11:15	Fachvortrag von Prof. Dr. Philipp Harms, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, „Der neue Protektionismus: Ausprägungen, Folgen, Ursachen“ mit anschließender Diskussion
12:15	Mittagessen und Schulbuchausstellung in der Schlosshalle
13.30 - 14:30 und 14:45 - 15:15	Workshops 1) Wirtschaftsdidaktik in Zeiten digitaler Chancen und Herausforderungen Prof. Dr. Markus Böhner, Bildungsministerium Mainz 2) Umgang mit digitalen Medien aus neurobiologischer Sicht Chefarzt Dr. Alexander Jatzko, Westpfalzklinikum Kaiserslautern 3) Perspektiven der berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz Petra Jendrich, Abteilungsleiterin Berufsbildende Schulen, Bildungsministerium Mainz

Musikalische Begleitung: Ralf Klein und Thorsten Weber, BBS Wirtschaft Worms